ÖKOSTEUERNEWS 14 – OKTOBER 2002

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Brienner Str. 44 80333 München http://www.foes-ev.de
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 mailto:foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V. und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Inhalt dieser Ausgabe

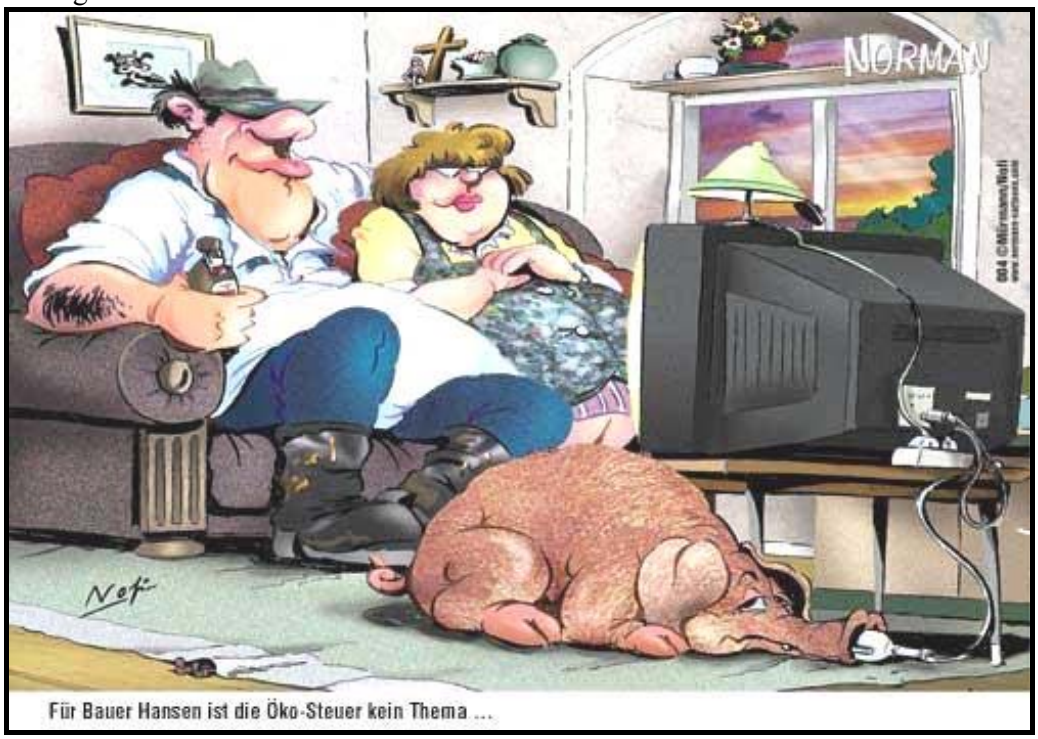
1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL 1
2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND 3
3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL 16
4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER 18
5. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE 21
6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN 29
7. BUCHBESPRECHUNG: „NO LOGO“ 36
8. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER 38
9. KURZMELDUNGEN 38
10. SERVICE: JOBS 39
11. SERVICE: LINKS 41
12. SERVICE: VERANSTALTUNGEN 42
13. FÖS: IN EIGENER SACHE 47

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökosteuer und Leser des ÖSN,

Grün-Rot, pardon, Rot-Grün hat es gerade noch einmal so geschafft! Und damit auch die Ökologische Steuerreform! So dachten wir zunächst. Doch nur die Hälfte dieser (frohen) Botschaften blieb schließlich wahr. Kaum sind die Letzten von den Wahlpartys zurückgekehrt, da ist die Debatte über Steuererhöhung,

-senkung, oder –reform auch schon in vollem Gange, bzw. wieder durch ein Machtwort des Kanzlers eingefangen. Und mitten drin: die „Ökosteuer“.
Mitten in diesem politischen Orkan, haben wir auch für diese Ausgabe unseres Newsletters wieder Beiträge zur Diskussion über die ÖSR gesammelt. Neben der politischen Debatte berichten wir auch über die – im Moment – zahlreichen generellen Veröffentlichungen zum Thema Ökosteuer, die Vorschläge der EU zur Neuregelung der KFZ-Steuer, einem Vorschlag des BUND zur Entfernungspauschale und vielem mehr.
Zur Einstimmung mal wieder eine Karikatur…



Für Bauer Hansen ist die Öko-Steuer kein Thema…. (Schwein gehabt!!!)

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!
Ihr FÖS-Team

Lieber Fritz Vorholz: Artikel toll, CO_2-Argument nicht so doll!

Sehr gefreut hat uns die Anerkennung unserer Arbeit in der ZEIT vom 02.10.02, wo Fritz Vorholz uns als *weltweit einzigen Fanclub von Zwangsabgaben* vorstellt („*Wenn schon grün, dann richtig“* in Rubrik 1).
Besonders gefiel uns auch die gelungene Darstellung unserer Zahlen zur relativen Belastung der volkswirtschaftlichen Faktoren. Auch teilen wir die meisten Kritikpunkte des renommierten Umweltjournalisten – insbesondere seine Rüge der opulenten Ausnahmeregeln.
In einem Kritikpunkt verfällt Vorholz aber einem Fehler, den auch der ADAC gern macht: Beide rechnen die Ökosteuersätze der unterschiedlichen Energieträger auf deren CO_2-Gehalt um. Und empören sich dann darüber, dass die Energiesteuer je Tonne CO_2 beim Benzin (mit 280 €) 12 mal höher ist als beim Heizöl (23 € je Tonne CO_2). Was Vorholz und der ADAC übersehen: Heizölkessel fahren nicht auf Straßen, brauchen keine Ampeln und keine Autobahnen. Sie stehen ihr ganzes Betriebsleben lang im Heizkeller.
Treibstoffabgaben gibt es auch in Ländern, die sonst keinerlei Energiebesteuerung kennen, und überall wo es beides gibt, sind die Abgaben auf Treibstoffe höher als die auf andere Energien, egal ob man den Energiegehalt oder die CO_2-Emmission zugrunde legt. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: Treibstoffabgaben sind schon seit vielen Jahrzehnten, also lange vor jeder Umweltdiskussion, ein bewährtes und im Übrigen hoch effizientes Instrument der indirekten Verkehrskostenfinanzierung.

Wenn man diese Unterscheidung zu Ende denkt, kommt man zu überraschenden Erkenntnissen. Unter anderem der, dass auch die durch die Ökosteuer auf 2002 insgesamt 62,4 Cents je Liter Benzin (beim Diesel nur auf 44 Cents) erhöhte Mineralölsteuer noch lange keine Ökosteuer ist. Denn Gesamtkosten des Straßenverkehrs sind sehr viel höher als die 37,9 Milliarden Euro, die die Mineralölsteuer erbringt (Quelle: Jahresbericht 2001 des Mineralölwirtschaftsverbands).
Wenn alle externen Kosten des Straßenverkehrs in die Mineralölsteuer einbezogen werden, so ließe sich nach einigen Studien eine Verdopplung dieser Steuer rechtfertigen, nach anderen sogar eine Vervierfachung. Seit langem schon fordern wir – bisher leider ohne Resonanz – einen regelmäßigen Ausweis der Verkehrsträgerkosten in der offiziellen Statistik. Weitere Links zu diesem Thema:
http://www.sbjum.de/html/strassenzusa.html
http://www.eco.uni-heidelberg.de/graduiertenkolleg/diss2.html
http://lbs.hh.schule.de/welcome.phtml?unten=/klima/energie/auto-126.htm

Hurra, wir leben noch – aber wie lang?

Man wird uns verstehen: Angesichts der eindeutig negativen Aussagen von Union und FDP zur Ökosteuer sind wir über das Wahlergebnis nicht unglücklich. Ein Koalition Stoiber/Westerwelle hätte für viele Jahre jede Fortentwicklung der Ökosteuer blockiert, mittelfristig vielleicht sogar die bisher erreichten Stufen in Frage gestellt.
Allen gegenteiligen Festlegungen von SPD-Politikern zum Trotz muss die neu gewählte Regierung jetzt beweisen, dass der Unterschied zwischen Stoiber und Schröder in Sachen Ökosteuer größer ist, als nur die 3 Cents, um die das Benzin in der fünften Ökosteuerstufe am 1.1.2003 noch verteuert wird. Entscheidend ist dabei nicht so sehr, ob und in welchem Umfang sich die Steuersätze einzelner Energieträger erhöhen. Auch ein schrittweises Abschmelzen der opulenten Ausnahmetatbestände kann zielführend sein. Hierzu einige Vorschläge:

- Erhöhung der bestehenden Ökoabgaben mindestens in dem Umfang, dass der inflationsbereinigte Lenkungseffekt nicht vermindert wird – also Anpassung an die Inflationsrate.
- Schrittweises Heranführen der Dieselsteuersätze an den Benzinsteuersatz
- Schrittweiser Abbau von Ausnahmetatbeständen, insbesondere bei all denjenigen Industriebranchen, die nicht gleichzeitig sehr energie- und sehr wettbewerbsintensiv sind
- Punktuelle Einführung neuer am Verursacherprinzip orientierter Abgaben – dafür bietet die bereits eingeleite Einführung von Mautgebühren ein gutes Beispiel.

Ausschlaggebend ist für uns, dass in der volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung die Abgaben auf den Faktor Natur weiter erhöht werden, und die nach wie vor viel zu hohe Belastung des Faktors Arbeit weiter gesenkt werden kann. An diesen Kriterien wird die Arbeit der Regierungskoalition in den kommenden Jahren zu messen sein. Ihr Anselm Görres

2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Koalitionsverhandlungen: Keine Steuererhöhung und keine Ökosteuer

„Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir die großen strukturellen Probleme nicht mit einer Steuererhöhung kontern werden“, sagte der grüne Parteivorsitzende Fritz Kuhn nach der ersten Runde der Koalitionsverhandlungen zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD.
Kuhn erläuterte im ZDF-Morgenmagazin die Leitlinien, nach denen gespart werden müsse: Die Lasten müssten gerecht verteilt und das Wirtschaftswachstum dürfe nicht beeinträchtigt werden, sagte der grüne Bundesvorsitzende. Ziel sei es, nicht mehr auszugeben als eingenommen werden könne. Dabei gehe die Koalition „nicht den bequemen Weg der Steuererhöhung und Staatsverschuldung“. Die CDU habe nicht zuletzt deshalb die Bundestagswahl verloren, weil sie eine Neuverschuldung geplant habe.

Kuhn betonte, Ziel der Regierungspolitik müsse es sein, für mehr Investitionen und Wachstum und damit für „Aufbruch und Erneuerung“ zu sorgen. Unter anderem müssten dazu der Arbeitsmarkt und die Gesundheitspolitik reformiert werden. Die Delegationen der beiden Parteien hätten sich darauf verständigt, die Wachstumsannahmen gegenüber den bisherigen Prognosen nach unten zu korrigieren. Das bedeute für die kommenden beiden Jahre nur noch je 1,5 Prozent und für die Jahre 2005 und 2006 je 2,0 Prozent Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts.
Zum Thema Ökosteuer sagte Kuhn, dass diese „weiterentwickelt und in ihrer Lenkungswirkung fortgeführt“ werde. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering führte dazu aus, dass die Ökosteuer zum Januar 2003 noch einmal erhöht werde. Die Verhandlungspartner müssten sich darüber hinaus verständigen, wie mehr für die erneuerbaren Energien getan werden könne, so der SPD-Politiker (Pressemitteilung http://www.gruene.de, 01.10.2002).

Nachhaltigkeitsrat über Empfehlungen zur Ökosteuer zerstritten

Wie die Wochenzeitung "ZEIT" in ihrer Ausgabe vom 03.10.2002 berichtet, konnte sich der von Bundeskanzler Schröder eingesetzte Nachhaltigkeitsrat nicht auf Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Ökosteuer einigen. Zwar seien von einer Arbeitsgruppe Reformvorschläge erarbeitet worden, zwei Mitglieder des Rates (Gewerkschaften und Verbraucherschützer A.d.R.) hatten diese jedoch abgelehnt.
Der von Bundeskanzler Gerhard Schröder berufene Nachhaltigkeitsrat unter Vorsitz des SPD-Politikers Volker Hauff ist am Montag mit dem Versuch gescheitert, sich rechtzeitig zu Beginn der Koalitionsverhandlungen auf Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Ökosteuer zu einigen. Eine Arbeitsgruppe des Gremiums unter Leitung des Mannheimer Wirtschaftsprofessors Wolfgang Franz habe zwar Reformvorschläge erarbeitet. Jedoch hätten zwei Mitglieder des 16-köpfigen Rates ihre Zustimmung zu dem Papier verweigert, berichtete die "ZEIT". In ihrem so genannten MINK-Papier ("Marktwirtschaftliche Instrumente für nachhaltigen Klimaschutz") spricht sich die Arbeitsgruppe für das Prinzip "jährlicher moderater Erhöhungsstufen für die Treibstoffbesteuerung" aus, sofern die Auto- und die Mineralölindustrie nicht bis September 2003 Zusagen über die absolute Minderung des vom Verkehr verursachten Ausstoßes von Treibhausgasen machen. Außerdem hat sich die Arbeitsgruppe, der sowohl Vertreter der Industrie wie der Ökoverbände angehören, auf die Empfehlung geeinigt, die Steuern auf Diesel und Benzin anzugleichen. Nach Angaben der "ZEIT" wird in dem Papier auch die Zweckbindung des Ökosteuer-Aufkommens für die Rentenversicherung in Frage gestellt (Newsletter des Strommagazins: http://www.strom-magazin.de/news/news_7956.html).

Koalitionsverhandlungen: SPD und Grüne streiten über Ökosteuer

Eine weitere Erhöhung der Ökosteuer müsse im Koalitionsvertrag enthalten sein, forderte er umweltpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Reinhard Loske. Weitere Anhebungen seien als Anreiz zum Energiesparen unverzichtbar, sagte Loske der Chemnitzer "Freien Presse". Als Ausgleich sollten die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Es gehe nicht um mehr, sondern um andere Steuern.

> *"Wir wollen die Steuerlast weiter verschieben. Vom Faktor Arbeit wollen wir die Abgaben runternehmen und auf den Faktor Energieverbrauch draufpacken",*

sagte Loske in der ARD. Das klare Ziel sei Klimaschutz und Zukunftsverantwortung mit der Idee der Arbeitsplatzschaffung zu verknüpfen:

> *"Also mit grünen Zielen schwarze Zahlen schreiben. Das ist die Idee."*

Das Bahnfahren solle durch die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Fahrkarten verbilligt werden, schlug Loske vor. Für die Höhe der Kfz-Steuer solle künftig der Benzinverbrauch des Autos ausschlaggebend sein. Loske verspricht sich davon eine Förderung des Drei-Liter-Autos.
SPD-Fraktionschef Franz Müntefering schloss dagegen eine weitere Erhöhung der Ökosteuer aus. Die Beschlusslage der SPD sei eindeutig, *"und das gilt ganz sicher"*, sagte Müntefering im "Morgenmagazin" der ARD. Nordrhein-Westfalens Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) sagte dennoch, ihre Partei und die SPD seien sich in dem Ziel einig, die Lohnnebenkosten zu senken und den Energieverbrauch effizienter zu gestalten. *"Entscheidend ist, wie dieses Ziel realisiert wird."* Das bleibe den Koalitionsverhandlungen mit der SPD vorbehalten.

Die Ökosteuer ist eines von mehreren potenziellen Streitthemen in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD. Anders als die Grünen lehnen die Sozialdemokraten eine weitere Anhebung nach der bisher letzten Erhöhungsstufe 2003 ab. Allerdings haben sich auch die Grünen in ihrem Wahlprogramm nur auf eine "*Weiterentwicklung*", nicht eine weitere Erhöhung der Ökosteuer festgelegt. Sie streben auch eine Verringerung der Ausnahmeregelungen vor allem für energieintensive Betriebe an.
SPD und Grüne hatten sich am Mittwoch zum ersten Gespräch über die Fortsetzung der gemeinsamen Regierung getroffen und für die formellen Koalitionsverhandlungen die Termine und den Themenfahrplan festgelegt. Die erste inhaltliche Runde soll sich am kommenden Montagabend mit dem Finanztableau befassen. Beide Seiten wollen die Verhandlungen möglichst schon in drei Wochen abschließen. Parteitage von Grünen und SPD wollen schon am 18./19. beziehungsweise 20. Oktober die Ergebnisse beraten und billigen (Spiegel online 2002, 26. September 2002).

VEA lehnt Subventionsabbau bei Ökosteuer ab

Pläne von Bündnis 90/Die Grünen, auch bislang von der Ökosteuer befreite Industrieunternehmen mit der umstrittenen Steuer zu belasten, lehnt der Bundesverband der Energie-Abnehmer kategorisch ab. Denn weitere Belastungen – ob als Steuererhöhung oder als Wegfall von Steuervergünstigungen – könne die Wirtschaft nicht verkraften.
Der Bundesverband der Energie-Abnehmer e. V. (VEA) warnt vor einer Ausweitung der Ökosteuer auf bislang befreite Industrieunternehmen. "Die Grünen haben die Ökosteuer noch lange nicht abgeschrieben. Das Machtwort des Kanzlers ist nicht das letzte Wort in der Steuerdebatte. Was die Beteuerungen gegen Steuererhöhungen morgen wert sind, weiß keiner", erklärt das geschäftsführende Vorstandsmitglied des VEA, Manfred Panitz. Weitere Belastungen - ob als Steuererhöhung oder als Wegfall von Steuervergünstigungen - könne die Wirtschaft jedenfalls nicht verkraften.
"Die deutsche Industrie, und vor allem der Mittelstand, steht an der absoluten Grenze des finanziell Zumutbaren. Kaum ein Wirtschaftszweig kommt ohne Energie aus. Sie muss bezahlbar bleiben", fordert Panitz. Auch schon vor Einführung der Ökosteuer hätten viele Unternehmen große Investitionen in Energiesparmaßnahmen getätigt. "Der Umweltschutz hat bei den Unternehmen einen hohen Stellenwert. Der Anteil der Industrie am deutschen Energieverbrauch ist in den letzten 40 Jahren von 50 Prozent um die Hälfte zurückgegangen", so Panitz weiter. Nur ein positives Investitionsklima verbunden mit einem Modernisierungsschub könne weitere Verbesserungen im Umweltschutz bringen und neue Arbeitsplätze schaffen (Newsletter des Strommagazins: http://www.strom-magazin.de/news/news_7957.html).

Wenn schon grün, dann richtig - Die gute Idee der Ökosteuer wurde miserabel umgesetzt

Die Ökosteuer ist vermutlich weltweit die einzige Zwangsabgabe, die einen Fanclub hat. Er heißt Förderverein Ökologische Steuerreform, sitzt in München und zählt zu seinen Freunden und Förderern unter anderen den Versicherungsunternehmer Rolf Gerling, den Hauptgeschäftsführer der Hamburger Handwerkskammer, Jürgen Hogeforster, und den Vorsitzenden der Fünf Weisen, den Regensburger Ökonomen Wolfgang Wiegard.
Kurz vor der Bundestagswahl streute der Vorstand dieser veritablen Vereinigung ein Papier, das die alte Regierung bei ihren grün angehauchten Anhängern leicht in Misskredit hätte bringen können. "Bei boshaft-vordergründiger Betrachtung", heißt es nämlich da, "unterscheiden sich die Positionen Stoibers und Schröders nur um 3 Eurocent." Tatsächlich hatte der Unionsaspirant auf den Kanzlerposten verkündet, diese für Anfang 2003 bereits gesetzlich festgeschriebene Spritsteuererhöhung verhindern zu wollen, während Schröder keinen Hehl aus seiner Absicht machte, erst danach den von der Boulevardpresse verteufelten Spuk namens Ökosteuer zu beenden. Bei jedem Ausgang der Wahl, schrieben die Freunde der grünen Abgabe deshalb, sei die Ökosteuer "in ihrem Fortgang gefährdet".
Inzwischen droht das Schicksal der vor vier Jahren kreierten Stromabgabe und des Zuschlags zur Mineralölsteuer - das sind die beiden Kernelemente der Ökosteuer - zum Anlass des ersten Krachs im wieder gewählten rot-grünen Bündnis zu werden. Schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen machte sich der umweltpolitische Sprecher der grünen Fraktion, Reinhard Loske, in den eigenen Reihen wie auch bei den

Sozialdemokraten unbeliebt, als er eine "Weiterentwicklung" der Ökosteuer forderte; der SPD-Fraktionschef Franz Müntefering erklärte prompt eine "Erhöhung" der Ökosteuer für tabu.

Münteferings Hasenfüßigkeit und die Harmoniesucht des grünen Clans um Joschka Fischer ist überraschend. Denn vor kurzem hatte die Regierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie sogar per Kabinettsbeschluss erklärt, die ökologische Steuerreform sei ein "Musterbeispiel für eine nachhaltige Energiepolitik". Warum, die Frage drängt sich auf, sollte die Koalition von dieser Glanzleistung nun lassen?

Tatsächlich attestierte eine Gruppe von Ökonomen unter Federführung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) dem Reformprojekt schon vor mehr als einem Jahr "überwiegend positive Effekte": Der Energieverbrauch und die klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen nähmen ab, während die Beschäftigung sogar leicht zunähme. "Die ökologische Steuerreform könnte eine tragendere Rolle im Klimaschutz spielen", heißt es in der DIW-Expertise. Allerdings müssten die Schwächen des bisherigen Konzepts "schrittweise beseitigt werden".

Dazu böte sich nun Gelegenheit. Denn das Reformwerk aus der ersten rot-grünen Legislaturperiode ist bis Ende nächsten Jahres befristet. Nach geltender Paragrafenlage ist anschließend Schluss mit der jährlichen Erhöhung der Spritsteuer (plus 3,07 Cent pro Liter) und der Stromsteuer (plus 0,26 Cent pro Kilowattstunde). Die Konsequenzen: Für Autofahrer und Verbraucher schwände der Anreiz zum Energiesparen, Deutschland drohte deshalb seine Klimaschutzziele zu verfehlen. Und die Beitragszahler zur Rentenversicherung könnten nicht mehr mit stets üppiger fließenden Zuschüssen aus der Bundeskasse rechnen. Bisher wird das Gros des wachsenden Ökosteueraufkommens in die Alterskasse umgeleitet, weshalb der Beitragssatz für Arbeitgeber und -nehmer derzeit um je 0,75 Prozentpunkte niedriger ist, als er es ohne Ökosteuer wäre. Die durch die umstrittene Steuer bewirkte Umschichtung der Abgabenlast vom Produktionsfaktor Arbeit auf den Faktor Natur trägt dazu bei, eine über Jahrzehnte gewachsene, beschäftigungsfeindliche Fehlentwicklung wenigstens etwas zu korrigieren.

Gleichwohl droht die an sich vernünftige Abgabe am Reformstau-Syndrom zu degenerieren. Grund: Aus Rücksicht auf die Kohlelobby und um die Industrie zu besänftigen, einigten sich Rot und Grün vor vier Jahren auf falsche, indes bis heute geltende Konstruktionsprinzipien.

Konstruktionsfehler Nummer eins: Obwohl jede Tonne CO_2 die Erdatmosphäre gleich stark aufheizt, belastet die Ökosteuer den CO_2-Ausstoß höchst unterschiedlich - je nachdem, ob das Klimagas bei der Verbrennung von Kohle, Heizöl oder Benzin entfleucht. CO_2 aus der Kohleverbrennung bleibt ganz steuerfrei, eine Tonne CO_2 aus der Verbrennung von leichtem Heizöl schlägt mit 23 Euro zu Buche (Ökosteuer samt aller anderen Energieabgaben). Für die gleiche Menge aus der Verbrennung von Benzin werden aber 280 Euro fällig. Diese Ungleichbehandlung sei "ein zusätzliches Subventionsprogramm für Kohleabbau und Kohleverstromung" und "ökologisch nicht vertretbar", bemängelt der Sachverständigenrat für Umweltfragen seit langem.

Konstruktionsfehler Nummer zwei: Um den Widerstand der Industrieverbände gegen das Reformprojekt Ökosteuer zu brechen, räumten SPD und Grüne den Betrieben so opulente Ausnahmen ein, dass der Anreiz zum Energiesparen regelrecht verpufft. Viele Betriebe machen mit der Ökosteuer sogar ein Geschäft; sie zahlen nur ein Fünftel des Stromsteuersatzes, kommen aber voll in den Genuss sinkender Beiträge zur Rentenversicherung. Effekt: ein Plus von rund 850 Millionen Euro für das verarbeitende Gewerbe, so das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung. Als Gegenleistung versprach die Industrie zwar, ihre Emissionen zu mindern. Es dränge sich indes der Verdacht auf, dass die Verbände nur solche Emissionsreduktionen zugesagt hätten, "die sich ohnehin aus den längerfristigen Investitionsplanungen ergeben", kommentierten die Ökosachverständigen den Händel.

Brüssel könnte solchen Deals in Zukunft die Basis entziehen. Ungeachtet des Widerstandes der Berliner Regierung bereitet die EU-Kommission eine Richtlinie zum Handel mit Emissionszertifikaten vor. Besonders energieintensive Betriebe, hierzulande werden es vermutlich weniger als 2000 sein, sollen danach schon vom Jahr 2005 an nur noch dann CO_2 in die Luft pusten dürfen, wenn sie über spezielle Erlaubnisscheine dafür verfügen. Daraus - ob Schröder & Co es wollen oder nicht - resultiert Reformzwang für die Ökosteuer.

Das neue Emissionshandelsregime und die Ökosteuer passen nicht zusammen. Die vom Zertifikatehandel erfassten Betriebe werden deshalb von der Abgabe befreit werden müssen. Konsequenz: Um Ungleichbehand-

lungen zu vermeiden, müssen die anderen Betriebe "kräftiger belastet" werden, so Dieter Ewringmann, Geschäftsführer des Kölner Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts.
Dafür gibt es zwei Möglichkeiten: entweder weniger Ausnahmen - oder strengere Klimaschutzzusagen der Industrie. Dieser Variante neigt der vom Kanzler berufene Nachhaltigkeitsrat unter Vorsitz von Volker Hauff (SPD) zu. Wohl wissend, dass nach der Wahl die Zukunft der Ökosteuer die Gemüter erhitzen würde, brütet eine Arbeitsgruppe des 16-köpfigen Gremiums schon seit Monaten über dem Thema. Den vor allem von Wolfgang Franz, Präsident des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, ausgearbeiteten Vorschlägen (Marktwirtschaftliche Instrumente für nachhaltigen Klimaschutz, MINK) haben sowohl die Vertreter der Industrie als auch der Ökoverbände in der Arbeitsgruppe zugestimmt. Die Kompromisse haben es trotzdem in sich:
Auto- und Mineralölindustrie sollen bis September 2003 Zusagen über die absolute Verringerung der CO_2-Emissionen des Straßenverkehrs (derzeit rund 170 Millionen Tonnen jährlich) machen; bisher hat die Industrie nur versprochen, den CO_2-Ausstoß neuer Autos pro Kilometer abzusenken. Ist die PS-Branche unwillig, so das der ZEIT vorliegende MINK-Papier, solle am Prinzip "jährlicher moderater Erhöhungsstufen für die Treibstoffbesteuerung" festgehalten werden - allerdings abhängig vom Rohölpreis.
Die Gruppe um Franz schlägt ferner vor, die Diesel- an die Benzinsteuer anzugleichen; derzeit verfügt Diesel über einen Vorteil von 18 Cent pro Liter. Außerdem wird in dem zwölfseitigen Papier die Zweckbindung des Ökosteueraufkommens für die Rentenkasse infrage gestellt. Und es wird angeregt zu prüfen, ob die Stromsteuer nach der CO_2-Intensität der Stromerzeugung differenziert werden könnte - und sollte. Atomstrom wäre dann ökosteuerfrei. Besonders dieser Vorschlag bereite dem einen oder anderen Kollegen "Schluckbeschwerden", sagt ein Mitglied des Nachhaltigkeitsrates.
Zwei Kollegen hatten offenbar derart zu schlucken, dass sich der Rat bis Montagabend nicht auf das Papier einigen konnte. Ob indes die Anregungen bei den Koalitionsgesprächen überhaupt erwünscht wären, ist fraglich. Die SPD nominierte als einen ihrer Unterhändler den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement - einen Gegner der Ökosteuer (Die Zeit, Fritz Vorholz, 07.10.2002).

Die Argumente sind weiter richtig

Der SPD-Umweltpolitiker Ernst Ulrich von Weizsäcker plädiert für eine Fortsetzung der Öko-Steuerreform. Mit ihm sprach FR-Redakteur Joachim Wille.
FR: *Die SPD plant außer der beschlossenen fünften Ökosteuer-Stufe 2003 keine weitere. Sind denn die Argumente pro Ökosteuer, die Ihre Partei früher vertrat, falsch?*
Ernst U. von Weizsäcker: Die Argumente bleiben richtig. Es ist volkswirtschaftlich und umweltpolitisch vernünftig, die Kosten des Faktors Arbeit zu verringern oder zu stabilisieren und die der Umwelt zu verteuern - in kleinen Schritten.
Kanzler Schröder hat sich, bevor die Flut kam und die Umweltpolitik eine Renaissance erlebte, gegen weitere Ökosteuer-Schritte festgelegt. Davon ist er nicht abgerückt.
Der Kanzler muss Wahlen gewinnen und die negative Presse berücksichtigen, die das Projekt bekommen hat. Ich stelle mir aber einen Pfad der ökologischen Steuerreform vor, der eine gute Presse verdient.
Wie soll der aussehen?
Ich denke an einen sehr langsamen Verteuerungspfad für Energie und andere knappe natürliche Ressourcen. Wenn der Effizienzfortschritt in der Autoflotte, bei Hausgeräten, Bürogeräten, bei industriellen Fertigungspraktiken bei drei bis vier Prozent pro Jahr liegt, kann die Energie ebenfalls drei bis vier Prozent teurer werden. Dann wird die Monatsrechnung für Energie der Haushalte und Unternehmen im Schnitt nicht höher.
Das sind Sie auf einer Linie mit dem Grünen-Experten Reinhard Loske, er will drei bis fünf Prozent.
Eine vernünftige Größenordnung, die, wenn langfristig geplant, eine enorme Anreizwirkung für Energieeffizienz hat.
Vier Prozent entsprechen beim Benzin den bisherigen jährlichen Erhöhungsschritten von vier Cent. Soll das so weitergehen?
Parallel zur Effizienzsteigerung bei den Autos!

Ist die Fortsetzung in der SPD nicht konsensfähig?
Die Mehrheit ist momentan eher gegen eine Fortführung der Reform. Das liegt unter anderem daran, dass man vorläufig die Ungerechtigkeit in Kauf nehmen muss, dass die Industrie, die bekanntlich ins Ausland abwandern kann, niedrige Ökosteuern hat, während der einfache Mann den vollen Steuersatz zahlen muss. Diese Asymmetrie ist gerade in der SPD höchst unpopulär.
Die CDU will die Ökosteuer durch eine europaweite Schadstoffsteuer ersetzen. Können Sie sich damit anfreunden?
Der Begriff Schadstoffsteuer ist unglücklich gewählt. Erstens bedeutet das einen Konkurrenzvorteil für die Kernenergie gegenüber der Kohle; die Radioaktivität gilt hier nicht als Schadstoff. Zweitens ist die Erhöhung der Energieeffizienz wichtiger als die Absenkung von Schadstoffen. Insofern ist der Vorschlag nicht so zielführend. Und drittens heißt Warten auf Europa Warten auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.
Die Ökosteuer fließt fast komplett in die Rentenkassen. Wäre es nicht besser, das Geld so zurückzugeben, dass der Bürger es auch merkt? Etwa durch Zuschüsse für Energiespar-Investitionen?
Als Umweltschützer fände man das gut. Ich wette aber, dass dann die Ökosteuer viel niedriger läge. Eine vergleichsweise hohe, damit lenkungswirksame ökologische Steuer ist nur durchsetzbar, wenn ein gesellschaftlich so wichtiges Ziel mitverfolgt wird wie die Stabilisierung der Rentenbeiträge.
Ursprünglich sollten die Beiträge heruntergefahren werden, nicht nur stabilisiert.
Immerhin hatten wir nach 1998 bei den Lohnnebenkosten zum ersten Mal eine leichte Absenkung. Vorher ging es 40 Jahre lang gnadenlos bergauf.
Manche Ökosteuer-Befürworter schlagen vor, mit dem Aufkommen die Lohn- und Unternehmenssteuern zu senken oder die Arbeitslosenkasse mitzufinanzieren.
Das Lohnsteuer-Modell wäre o. k. Attraktiv ist auch die Idee des Ökobonus. Dabei wird das gesamte Aufkommen per Scheck gleichmäßig jedem Bürger zurückgegeben. Dann haben diejenigen, die wenig Auto fahren, sogar noch einen Gewinn davon.
Die Grünen schlagen vor, umweltschädliche Subventionen abzubauen - bei Kohle, Pendlerpauschale, Eigenheimförderung -, um dieses frei werdende Geld dann in Umweltinvestitionen reinzustecken.
Die Kohlesubventionen sinken ohnehin. Die Pendlerpauschale zurückzufahren ist grundsätzlich richtig. Die Wohnraumförderung muss weiterlaufen, ich bin aber auch für eine Versiegelungssteuer, um innerstädtische Brachflächen für Bebauung attraktiver und die Zerstörung der grünen Wiese weniger attraktiv zu machen (Frankfurter Rundschau, 20.09.2002).

Und sie wirkt doch - "Tanken für die Rente" hat Sinn

Die Idee der ökologischen Steuerreform ist 20 Jahre alt. Den Umwelt- und Ressourcenverbrauch zu verteuern, um mit dem eingenommenen Geld die Kosten der Arbeit zu senken - das war, ist und bleibt ein genialer Gedanke. Denn die beiden drängendsten Probleme der modernen Industriegesellschaften können damit zumindest gemildert werden: Der zu niedrige Preis der Energie führt zu einem hohen Verbrauch und Umweltschäden, der zu hohe Preis der Arbeit zu sinkender Beschäftigung. "Kilowattstunden arbeitslos machen, nicht Menschen", so der griffige Slogan der Ökosteuer-Befürworter.
Entwickelt von dem Schweizer Ökonomen Professor Hans Christoph Binswanger, setzte sich das Konzept bis Mitte der 90er Jahre nicht nur bei den Grünen, sondern auch in Union und SPD durch. Die Umweltminister Töpfer und Merkel sprachen sich dafür aus, und unter der letzten Kohl-Regierung ließ der damalige CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble bereits ein Konzept für eine Öko-Steuerreform im deutschen Alleingang entwickeln. Kanzler Kohl persönlich kippte den Plan, nachdem er vom Chef des BASF-Konzerns, Jürgen Strube, und dem damaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel über die Heftigkeit des Widerstands in der Industrie belehrt worden war.
In dieser Zeit entstand im konservativen (und freidemokratischen) Lager eine ideologische Sperre gegen die Ökosteuer. Es gab zwar noch Lichtblicke wie im Unionswahlprogramm von 1998. Originaltext: "Unser Steuer- und Abgabensystem macht gerade das besonders teuer, wovon wir gegenwärtig im Überfluss haben: Arbeit. Dagegen ist das, woran wir sparen müssen, eher zu billig zu haben: Energie- und Rohstoffeinsatz." Und folgerichtig: "Dieses Ungleichgewicht müssen wir wieder stärker ins Lot bringen, wenn wir unseren beiden

beiden Hauptzielen, mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung, näher kommen wollen." In der Praxis bekämpfte die Union die von Rot-Grün dann eingeführte Reform nach Kräften. "Lass Dich nicht anzapfen", "K. O.-Steuer" hießen die Slogans von (ausgerechnet!) Merkel, Merz und Co.
Der inhaltliche Konsens wurde wahltaktischen Überlegungen geopfert. Dies ist umso misslicher, als der Schreck über die "Benzinwut" der rot-grünen Koalition dermaßen in die Glieder fuhr, dass eine konstruktive Debatte über eine Fortführung nicht möglich war. Bei einem Wahlsieg der Union würde zwar der Status quo erhalten, Eine Rücknahme der ganzen Operation scheute Kandidat Stoiber, da sonst die Rentenbeiträge - unter Rot-Grün von 20,3 auf 19,1 Prozent gesenkt - drastisch hoch gesetzt werden müssten. Die fünfte Stufe aber fiele weg. Im Falle von Rot-Grün II ist fraglich, ob die Ökopartei in den Koalitionsverhandlungen mehr als eine nur kosmetische Fortführung ihres Lieblingsprojektes nach 2003 erreichen kann. Denkbar wäre, dass sie als Trostpflaster eine teilweise Rücknahme der Steuerausnahmen bei der Industrie erreicht, ebenso die von ihnen geforderte Ökosteuer-Freistellung für erneuerbare Energien und die Halbierung des Mehrwertsteuer-Satzes bei der Bahn.
Doch das wäre dann eine ökologische Steuerreform im Koma. Ohne Not würde auf breit wirkende Preissignale verzichtet, die nicht nur der Umwelt nützen, sondern auch den behutsamen, aber nachhaltig wirksamen Umbau der Industriegesellschaft anleiten - nebenbei: Das bringt durch bessere, effizientere Produkte und Dienstleistungen neue Exportchancen. Außerdem entstünde kein zusätzliches Finanzpolster, um die immer noch viel zu hohen Lohnebenkosten weiter zu senken.
Warum das "Tanken für die Rente" Sinn hat, ist den Bürgern nicht klar geworden. Nur: Die Regierung hat es ihnen auch nicht klar gemacht. Dieser Fehler und die Angst vor dem Populismus der Ökosteuer-Gegner darf nicht dazu führen, dass das zukunftsweisende Instrument aus der Hand gelegt wird. Natürlich muss darüber geredet werden, ob der Rückgabemechanismus besser gestaltet werden kann - durch Senkung von Lohn- und Unternehmenssteuern oder der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Auch darüber, ob moderate Erhöhungsschritte bei Heizöl und -Gas direkt in Wärmedämmprogramme fließen können. Ebenso über das Ersetzen der Ökosteuer im Industriesektor durch den von der EU geplanten Emissionshandel.
Nur: Den Schneid sollten diejenigen, die Deutschland für die Herausforderungen im Treibhaus-Jahrhundert fit machen wollen, sich nicht abkaufen lassen (Joachim Wille, Frankfurter Rundschau, 20.09.2002).

Die Öko-Steuerreform fortsetzen - Kieler Ökonom Gernot Klepper plädiert für breitere Basis

Für weitere Schritte bei der Ökosteuer plädiert Professor Gernot Klepper vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) - aber nicht nur bei den Kraftstoffen, sondern auch bei Kohle, Öl und Gas.
FR: *Herr Professor Klepper, in der Politik wird wieder heftig über die Ökosteuer debattiert, auch in der rot-grünen Koalition, die das Projekt 1999 gestartet hat. Wie bewerten Sie die ökologische Steuerreform?*
Gernot Klepper: Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht ist die Ökosteuer zu begrüßen. Sie ist das richtige Mittel, um zu erreichen, dass auch für die Nutzung der Umwelt ein angemessener Preis gezahlt wird - genauso wie für Arbeit und Kapital, wenn man an die betriebswirtschaftliche Kalkulation der Unternehmen denkt.
Sollte die Ökosteuer fortgesetzt werden?
Die 1999 begonnene Reform war der erste Schritt in die richtige Richtung. Wenn man will, dass sich die Einsparerfolge bei der Energie verstetigen, wie sie sich in den letzten beiden Jahren nun sogar beim Verkehr und in den Haushalten eingestellt haben, dann muss man weitere Erhöhungsschritte verabreden.
Wie hoch sollten die sein? Wie bisher, gut drei Cent jährlich bei Benzin und Diesel?
Sich so stark auf die Kraftstoffe zu fixieren, wie das die Bundesregierung bei den Stufen zwei bis fünf der Ökosteuer getan hat, ist falsch. Bei einer Weiterführung der Reform müssten alle Energieträger entsprechend dem Schadstoff- und Treibhausgas-Ausstoß berücksichtigt werden. Es ist nicht einzusehen, dass Gas belastet wird, aber Kohle, die viel mehr Kohlendioxid emittiert, gar nicht besteuert wird.
Das ergibt dann andere Erhöhungsstufen?
Auf eine Höhe will ich mich nicht festlegen, das muss politisch ausgehandelt werden. Die Studien über die so genannten externen, also bisher nicht im Preis abgedeckten Kosten der Energieerzeugung sind sehr unterschiedlich. Aber es ist klar, dass sie mit dem bisherigen Aufkommen der Ökosteuer - derzeit 15 Milliarden Euro - noch längst nicht finanziert sind.

Der Belastungspfad beim Sprit könnte niedriger sein?
Richtig. Falls man das Ökosteuer-Aufkommen bei den nächsten Stufen in etwa gleich halten will, aber dann auch Heizöl, Gas und besonders die Kohle besteuert, kann man unter drei Cent bleiben. Es gibt aber keinen besonderen Grund, ein bestimmtes Steueraufkommen anzustreben. Entscheidend ist, wie weit man die Emissionen im Verkehrsbereich zurückführen will. Diese verursachen ja nicht nur Treibhausgasemissionen, sondern auch andere lokal schädliche Belastungen.
Befürworter der Ökosteuer verweisen auf den Arbeitsplatzeffekt. Die eingenommenen Milliarden fließen in die Rentenkassen, die Lohnnebenkosten sind damit erstmals gesunken.
Die hohen Zahlen, die da teilweise genannt werden, zum Beispiel 250 000 zusätzliche Jobs gegenüber der Entwicklung ohne Ökosteuer, halte ich für übertrieben. In den Modellrechnungen ergibt sich durch sinkende Rentenbeiträge in der Tat mehr Beschäftigung. Auf der anderen Seite wird durch höhere Energiepreise das Wirtschaftswachstum etwas verlangsamt - mit negativen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze. Diese beiden Effekte heben sich tendenziell auf. Aber die Ökosteuer stabilisiert immerhin die Rentenbeiträge.
Es wird darüber diskutiert, mit den Einnahmen teilweise auch ökologisch wirksame Projekte zu finanzieren. Die Grünen wollen das Bahnfahren so billiger machen.
Von der Logik her macht eine Zweckbindung von Ökosteuer-Einnahmen wenig Sinn. Wenn durch die Ökosteuer die Energieträger richtig belastet sind, dann sollten die Projekte, die ökologisch sinnvoll sind, ohne zusätzliche Subventionen profitabel sein. Eine Ausnahme könnte man höchstens bei der Forschung für neue Technologien machen.
Manche Ökosteuer-Befürworter schlagen vor, die Belastung durch die Ökosteuer an die Weltmarktpreise für Öl und Gas zu koppeln. Also etwa: Wenn der Rohölpreis den Benzinpreis bereits in die Höhe treibt, wird die nächste Ökosteuer-Stufe verschoben.
Theoretisch ist die Idee gar nicht schlecht, denn der Preisanreiz zur Emissionsvermeidung hängt vom Energiepreis plus Steuer ab. Wenn die Ölpreise steigen, wäre eine geringere Ökosteuer möglich. Mit einer solchen Idee würde aber Planungssicherheit verloren gehen; die Regierung müsste bestimmen, was der "richtige" Ölpreis ist, obwohl das praktisch nicht zu beantworten ist. Tun dies alle Länder, müssten nur die Ölexporteure die Preise entsprechend hoch ansetzen, dann bekämen sie die Öko-Einnahmen über höhere Preise, und der deutsche Finanzminister ginge leer aus.
Die Grünen fordern, ökologisch kontraproduktive Subventionen abzubauen, so die Kohlesubventionen, die Ökosteuer-Ausnahmen der Industrie, die Pendlerpauschale.
Die Stoßrichtung ist richtig. Die Kohleförderung wird hoch subventioniert, aber gleichzeitig hat Kohle den höchsten CO2-Ausstoß von allen Energieträgern. Das macht wenig Sinn. Bei der Ökosteuer für Unternehmen sollte man angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung in Europa vorrangig auf eine EU-weite Regelung setzen, bevor man die Ausnahmen abschafft. Außerdem plant Brüssel ja ein System des Handels mit CO2-Lizenzen, das die Ökosteuer im Industriesektor ablösen kann und die Kosten der Treibhausgas-Reduktion senkt. Und zur Pendlerpauschale: Solche aus politischem Opportunismus getroffene Maßnahmen, die dem Klimaziel gerade entgegenlaufen, diskreditieren die Ökosteuer. Denn man kann nicht einerseits den Benzinverbrauch aus ökologischen Gründen besteuern und ihn gleichzeitig subventionieren (Joachim Wille, Frankfurter Rundschau, 01.10.2002).

B.A.U.M, BJU und BUND: Ökosteuer weiterführen

Der Bundesverband junger Unternehmer (BJU), der Unternehmensverbund B.A.U.M. (Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewusstes Management) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sehen in der Weiterführung der Ökosteuer eine zentrale Aufgabe der rot-grünen Regierung. Der Koalitionsvertrag müsse deshalb klare Aussagen zur ökologischen Steuerreform und zum Ausbau erneuerbarer Energien machen.
Dr. Gerhard Timm, BUND-Bundesgeschäftsführer:

> *"SPD und Grüne müssen zu früheren Aussagen stehen und an der Ökosteuer festhalten. Ein neuer Koalitionsvertrag ist nur mit der Weiterführung der ökologischen Steuerreform glaubwürdig. Die umweltpolitische Erfolgsgeschichte der Ökosteuer muss über das Jahr 2003 hinausgehen."*

Dr. Christoph Zschocke, Präsidiumsmitglied und Leiter der Umweltkommission des BJU:

> *"Die Rückgabe der Ökosteuer-Einnahmen an die Bürger und Unternehmen schafft neue Arbeitsplätze und entlastet die Umwelt. Langfristig festgelegte moderate Ökosteuer-Stufen verbessern die Einsatzmöglichkeiten innovativer und energiesparender Technologien in mittelständischen Unternehmen."*

Prof. Maximilian Gege, B.A.U.M-Vorstand:

> *"Die Ökosteuer muss mit einem gezielten Förderprogramm im Umweltschutz - zum Beispiel durch eine Offensive in mittelständischen Unternehmen für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien - flankiert werden. Eine solche Mittelstandsoffensive wird sich für die Unternehmen und die Umwelt auszahlen. Aus der erfolgreichen Solar-na-klar-Kampagne sollte ein neues Eine-Million-Solardächer-Programm entstehen."*

Die Verbände sehen in der Ökosteuer ein wirksames Mittel, den Einsatz fossiler Energien zu reduzieren. Nach jahrelangem Anstieg sei zwischen 1999 und 2001 der Benzin- und Dieselverbrauch im Verkehrssektor erstmals zurückgegangen. Ursache sei ein Zusammenspiel von steigendem Umweltbewusstsein, hohen Treibstoffpreisen und Ökosteuer. Auch wachse der Anteil verbrauchsarmer Fahrzeuge stetig: Von 0,35 auf über zwei Prozent bei neuen Fahrzeugen, die weniger als fünf Liter Kraftstoff verbrauchen.
Ein Eckpunktepapier des BUND zur Weiterführung der Ökosteuer erhalten Sie bei: BUND-Ökosteuerexperte Matthias Seiche/Tel. 030-27586-433 bzw. BUND-Pressestelle/Rüdiger Rosenthal, Tel. 030-27586-425, http://www.oeko-steuer.de, e-Mail: mailto:presse@bund.net
Ein Konzeptpapier von B.A.U.M. mit dem Titel "Kosten senken - Gewinne verbessern - Existenz sichern - Arbeitsplätze erhalten / neue schaffen und Ressourcen-Klima schützen" erhalten Sie bei: B.A.U.M. - Pressestelle, Tel. 040 / 49071118, e-Mail: mailto:maximilian.gege@baumev.de
BJU: Die Publikation *"Energiemanagement für mittelständische Unternehmen - Rationeller Energieeinsatz in der Praxis",* erschienen beim Deutschen Wirtschaftsdienst, erhalten Sie unter Tel. 030 / 53639712; mailto:zschocke@bju.de
(Pressemitteilung BJU, B.A.U.M., BUND, 29.09.2002).

Das Öko-Alibi – Kritik an der Ökosteuer

Mit der von der Union für den Fall des Regierungswechsels versprochenen Aussetzung der nächsten Erhöhungsstufe der Ökosteuer wird es nun nichts. Zum 1. Januar 2003 erhöht sich der Mineralölsteuersatz auf Kraftstoffe erneut um 3,07 Cent je Liter und der Stromsteuersatz um weitere 0,26 Cent je Kilowattstunde. Schluss ist damit noch nicht, wenn sich die Grünen bei den Koalitionsverhandlungen durchsetzen. Das teure Tanken für die Rente ist allerdings längst zum Alibi für das Vertagen nachhaltiger Reformen in der Sozialversicherung geworden.
Die von den Grünen gewollte Fortentwicklung der Ökosteuer birgt hohe Wachstums- und Wettbewerbsrisiken. Schon die nächste Erhöhungsstufe zum 1. Januar 2003 bremst das schwächliche Wachstum weiter. Sie verstärkt die negativen Konjunktureffekte, die von den hohen Ölpreisen ausgehen.
Was der Staat durch die staatliche Energieverteuerung an höherer Mineralöl- und Umsatzsteuer kassiert, könnte durch Wachstumsverluste und den damit verbundenen Steuermindereinnahmen wieder draufgehen. Schon heute ist das Gaspedal Hans Eichels bester Steuereintreiber. Von den 1,04 Euro für einen Liter Superbenzin im August 2002 kassierte der Fiskus 76 Cent an Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und Ökosteuer. Die stärkere Besteuerung des Energieverbrauchs führt im Zeitraum von 1999 bis 2003 voraussichtlich zu Steuermehreinnahmen von 57 Mrd. Euro.
Glaubt man der Regierung, ist die Ökosteuer nicht nur ein Segen für die Umwelt, sondern zugleich ein Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm, und zwar nicht nur für die Umweltindustrie. Ohne die Einnahmen aus der Ökosteuer wäre der Rentenbeitrag 2003 um 1,7 Prozentpunkte höher. Die beschäftigungshemmend hohen Lohnzusatzkosten würden noch weiter steigen. Die Kehrseite der Medaille der wachsenden Steuerfinanzierung der Rente ist allerdings, dass sie den Druck auf nachhaltige Reformen verringert. Trotz Riesters Rentenreform und trotz Ökosteueranhebung wird der Rentenbeitrag 2003 von derzeit 19,1 auf 19,3, wenn nicht gar 19,5 Prozent steigen.

Streicht die Koalition die von der EU befristet genehmigten Vergünstigungen für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Landwirtschaft - sie zahlen nur 20 Prozent des Ökosteuersatzes -, würde dies die Lenkungswirkung erhöhen. Allerdings nicht nur zu Gunsten der Umwelt, sondern zugleich zu Lasten der Arbeitsplätze. Diese würden dann mit den Industrien zu Standorten mit geringeren Steuerlasten wandern.
Der Schutz der Umwelt ist eine globale Herausforderung. Deshalb müssen die Antworten, wenn nicht auf globaler, dann wenigstens auf europäischer Ebene gefunden werden. Die Harmonisierung der Energiebesteuerung auf europäischer Ebene muss Vorrang haben. Alleingänge schaden nur (Rainer Nahrendorf, Handelsblatt, 26. September 2002, Kolumne).

Die Ökosteuer ist besser als ihr Ruf

Die *"Benzinwut"* steckt ihm noch in den Knochen. Das Fünf-Mark-Debakel vor der Bundestagswahl 1998 genauso. Der linke Grünen-Bundestagsabgeordnete und Energieexperte Winfried Herrmann, sonst ein Freund des klaren Wortes, sagt:

> *"Sich jetzt vor der Wahl auf konkrete weitere Ökosteuer-Schritte festzulegen, wäre kontraproduktiv."*

Den Ärger im Volk über die Spritpreise - Mitte 2000 vom rasant gestiegenen Erdölpreis und dem hohen Dollarkurs über die kritische Zwei-Mark-Grenze katapultiert - lenkten die Boulevardpresse und die Opposition voll auf die Ökosteuer. Die Regierung kam gewaltig unter Druck, reagierte hektisch mit überzogenen Trostpflastern, etwa einer erhöhten Pendlerpauschale, und lernte eine falsche Lektion. So kam es, dass die rot-grüne Koalition eines ihrer Erfolgsprojekte im Wahlkampf lieber versteckt. Der Kanzler trat die Bremse: Nein zu weiteren Ökosteuer-Schritten nach dem fünften im Januar 2003. Und ob die Grünen bei einer Neuauflage der Koalition die von ihnen vage geforderte Weiterentwicklung der Steuer samt genereller ökologischer Finanzreform durchsetzen können, ist fraglich.
Nicht nur in Umwelt-Fachkreisen genießt die Ökosteuer einen viel besseren Ruf. Ex-Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU), jetzt Chef der UN-Umweltbehörde Unep, sagte, das Instrument sei *"heute noch wichtiger als früher"*. Und sogar das konservative Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) lobte die Öko-Reform, die Benzin und Diesel in fünf Stufen (1999 bis 2003) um insgesamt 15,3 Cent und den Strom um 2,05 Cent pro Kilowattstunde verteuert. Die Steuer auf Heizöl und Erdgas wurden nur einmalig 1999 angehoben, um 2,05 Cent pro Liter Öl und 0,16 Cent pro Kilowattstunde Erdgas. Die Ökosteuer sei der *"erste Schritt",* dafür zu sorgen, dass für die Nutzung der Umwelt auch der entsprechende Preis bezahlt werde, sagte IfW-Professor Gernot Klepper.
Just in dieser Woche veröffentlicht auch das Umweltbundesamt (UBA) in Berlin eine Bilanz der Reform, die überaus positiv ausfällt - nicht nur in Bezug auf die Umwelt, sondern auf die Modernisierung des Steuer- und Abgabensystems. Die ökologische Lenkungswirkung sei, obwohl die Steuer erst seit dreieinhalb Jahren erhoben wird, *"bereits klar erkennbar"* heißt es in der UBA-Broschüre *"Ökosteuer - zahlen oder sparen?"* In der Tat gibt es erstmals seit Jahrzehnten eine positive Tendenz bei den Klimaschutz-Sorgenkindern Verkehr und Haushalte, wo der CO2-Ausstoß 2000 und 2001 zurückging. Zwar räumt das UBA ein, dass nicht alles an der Steuer liegt; auch die Öl-Länder spielten eine Rolle. Doch die Entwicklung zeige: *"Preise wirken"*. Amtschef Andreas Troge, übrigens CDU-Mitglied, kommentiert:

> *"Durch die Ökosteuer sind die Leute schon etwas bewusster beim Spritverbrauch geworden."* Und: *"Wer jetzt die Ökosteuer einstellen will, muss mir erklären, wie er das Bewusstsein in den Köpfen der Menschen wach halten will, das es wichtig ist, mit Energie sparsam umzugehen."*

Für die Klimaziele der Regierung ist die Ökosteuer wichtig. Troges Behörde verweist auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum Thema. Die Verteuerung der Energieträger bringt danach zwei bis drei Prozentpunkte CO_2-Reduktion, eventuell entscheidend, um bis 2005 die 25 Prozent (gegenüber 1990) noch zu schaffen, die Schröder und Co. verbindlich zugesagt haben. Derzeit sind erst gut 15 Prozent erreicht.
Doch auch die andere, meist vergessene Seite der Ökosteuer hat ihre Meriten. Denn die Einnahmen verschwinden ja nicht in Hans Eichels Kassen, sondern werden fast komplett genutzt, um (als Zuschuss an die Rentenkassen, 2002 rund 15 Milliarden Euro) die Kosten des Faktors Arbeit gegenüber der "Normalentwicklung" zu senken. Die Statistik zeigt: Der Trend ist gebrochen, dass die Abgabenlast in diesem Bereich immer

weiter anwächst, während die Besteuerung von Kapital und Naturverbrauch relativ sinkt. Stieg der Anteil des Faktors Arbeit an allen Steuern und Abgaben von 1970 bis 1995 von 51 auf 67 Prozent, so liegt er dank Ökosteuer nun wieder unter 64 Prozent, wie der Münchner "Förderverein Ökologische Steuerreform" berechnete. Entsprechend stieg die Besteuerung des Naturverbrauchs, dessen Anteil seit 1970 sank, erstmals wieder an.
Auch die damit zusammenhängenden Arbeitsplatzeffekte sind nicht zu verachten. Das DIW ermittelte, dass mit Ökosteuer bis 2003 rund 250 000 Arbeitsplätze mehr entstehen als ohne. Also: Schröders Arbeitsplatzbilanz sähe ohne Ökosteuer vermutlich noch trüber aus. Die Kassandrarufe der Industrie, die heftig gegen die Öko-Reform kämpfte und schließlich weit reichende Ausnahmen erstritt, sind denn auch verstummt. Ein Grund dafür dürfte sein: Die Wirtschaft profitiert davon, dass sie wegen der ermäßigten Sätze insgesamt weniger Ökosteuer zahlt, aber hohe Erstattungen bei den Lohnnebenkosten erhält. Das UBA beziffert den "Gewinn" der Industrie für 2002 auf rund 1,3 Milliarden Euro (Joachim Wille, Frankfurter Rundschau, 20.09.02).
Die UBA-Broschüre findet sich im Internet unter: http://www.umweltbundesamt.de

Mehdorn kritisiert steuerliche Ungleichbehandlung mit dem Luftverkehr

Die Bahnbranche verlangt von der neuen Bundesregierung ein deutliches Umsteuern in der Verkehrspolitik. Nach der von Rot-Grün bereits eingeleiteten Agrar- und Energiewende sei es nun Zeit für eine *"zukunftsorientierte Verkehrspolitik",* die sich vor allem durch *"fairen Wettbewerb zwischen allen konkurrierenden Verkehrsträgern"* auszeichne, heißt es in einem in Berlin vorgestellten Zehn-Punkte-Papier der Allianz pro Schiene. In dem Verband sind neben der Bahn und ihrem Konkurrenten Connex die drei Weltmarktführer im Schienenfahrzeugbau, die Eisenbahngewerkschaft Transnet, Verkehrsverbände und weitere Bahnunternehmen vertreten.

> *"Wir wollen keine Bevorzugung der Schiene, sondern faire Rahmenbedingungen und gleiche Wettbewerbsregeln",*

sagte Norbert Hansen, der Vorsitzende des Schienenbündnisses und der Eisenbahnergewerkschaft Transnet. Der Staat müsse Schiene und Straße gleichmäßig fördern und nicht wie in der Vergangenheit die Bahnen benachteiligen. Daher dürften die Mittel für den Straßenbau in den nächsten zehn Jahren die Investitionen ins Schienennetz nicht übersteigen. Die Bahn benötige in der neuen Legislaturperiode fünf Mrd. Euro pro Jahr für das Streckennetz.
Zu fairen Wettbewerbsbedingungen gehöre auch ein faires Steuersystem.

> *"Der umweltverträglichste motorisierte Verkehrsträger, die Schiene, zahlt Mineralöl- und Ökosteuer, der Luftverkehr nicht",*

kritisierte der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Bahn AG, Hartmut Mehdorn. Die Allianz fordert daher eine Besteuerung des Flugbenzins, des Mineralölsteuerverbrauchs der Binnenschifffahrt und eine Halbierung der Umsatzsteuer im Schienenpersonennahverkehr. Die Lkw-Maut, die ab 1. August von Schwerlastwagen über zwölf Tonnen auf Autobahnen entrichtet werden soll, müsse für alle Lkw ab 3,5 Tonnen und mittelfristig auch auf allen Straßen erhoben werden. Die Einnahmen aus der Maut müssten für das gesamte Verkehrsnetz verwandt werden.
Ein entscheidender Schritt zur Gleichbehandlung mit konkurrierenden Verkehrsträgern sei darüber hinaus die Erleichterung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs. Mehdorn:

> *"Der Lkw fährt ohne Stopp durch ganz Europa und unsere Züge kommen nicht über die Grenzen, weil andere Länder ihr Netz abschotten."*

Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig (SPD) verwies bei der Eröffnung der internationalen Verkehrstechnik-Fachmesse *"Innotrans"* in Berlin auf die bereits hohen Investitionen, die im laufenden und im kommenden Jahr für den Schienenverkehr geplant seien. Zudem würden die Anstrengungen verstärkt, die Schienen mit Straßen und Wasserwegen zu vernetzen.

> *"Mit dieser Politik schaffen wir die Grundlagen dafür, dass mehr Güterverkehr von der Straße auf die umweltfreundliche Schiene verlagert werden kann",*

sagte Bodewig. Gleichzeitig müssten vor allem die technischen Hemmnisse für einen reibungslosen grenzüberschreitenden Schienenverkehr beseitigt werden. Rein nationale Verkehrspolitik könne es heute nicht mehr geben.
Um den grenzüberschreitenden Schienenverkehr zu verbessern unterzeichneten 16 europäische Schienenetzbetreiber in Berlin einen Vertrag über den gemeinsamen Vertrieb von Fahrplantrassen. Unter dem Namen *"Railneteurope"* soll der Zusammenschluss international koordinierte Eisenbahntrassen vergeben und damit einen *"integrierten Eisenbahnraum in Europa"* verwirklichen.
Mehr als 1000 Aussteller aus 31 Ländern haben sich zur Innotrans eingefunden und präsentieren bis Freitag ihre Neuentwicklungen bei Fahrzeugen, Systemen und Komponenten (Archiv von WELT.de, 2002-09-25).

Gaswirtschaft freut sich über Steuergeschenke

Durch ihre Preisgestaltung behält die deutsche Gaswirtschaft jedes Jahr fast zwei Milliarden Euro ein, die eigentlich dem Staat gehören. Das Bundesfinanzministerium will trotz leerer Kassen an diesem seltsamen Zustand nichts ändern.
Die Lage ist dramatisch: Durch die lahmende Konjunktur gehen die Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden zurück. Im ersten Halbjahr 2002 hat der Staat 189,4 Milliarden Euro eingenommen - 5,2 Prozent weniger als noch im gleichen im Zeitraum 2001. Das Land Baden-Württemberg verzeichnete nach den ersten sechs Monaten 138 Millionen Euro weniger in den Kassen. Großstädte wie München oder Hamburg haben bereits den finanziellen Notstand ausgerufen.
Trotz der klammen öffentlichen Kassen kann die deutsche Gaswirtschaft aber weiter mit einem milliardenschweren Steuergeschenk rechnen. Dahinter steckt die feste Bindung des Gaspreises an das Heizöl. Wann immer dieser Brennstoff teurer wird, und sei es nur durch eine Steuererhöhung, wird mit einigen Monaten Verzögerung auch Gas teurer. Letztendlich kassieren die Unternehmen von ihren Kunden den vollen Steuersatz für Heizöl. An den Fiskus führen die Lieferanten aber nur den wesentlich geringeren Steuersatz für Erdgas ab.
Die Differenz bleibt in den Kassen einer Branche kleben, die alles andere als darben muss. So hat die Ruhrgas AG, die 60 Prozent des deutschen Marktes beherrscht, im vergangenen Jahr den Umsatz um 26 Prozent auf 13,3 Milliarden Euro gesteigert. Das betriebliche Ergebnis stieg um 20 Prozent auf 465 Millionen Euro.
Das Steuergeschenk fällt nur bei genauerem Hinsehen auf, weil die Abgaben vom Gesetzgeber unterschiedlich berechnet werden. Heizölsteuer (inklusive Ökosteuer) wird mit 6,13 Cent je Liter belastet, Erdgassteuer mit 0,35 Cent je Kilowattstunde. Auf den ersten Blick erregt dies also keinen Verdacht. Bringt man aber Öl und Gas auf dieselbe Grundlage, sieht es schon anders aus. Heizöl wird je Kilowattstunde mit 0,58 Cent und Gas eben nur mit 0,35 Cent besteuert - also 40 Prozent weniger.
Auf Anfrage von Bundestagsabgeordneten musste die zuständige Staatssekretärin Barbara Hendricks im Frühjahr einräumen, dass bei einer Angleichung beider Steuersätze dem Staat zusätzlich 1,8 Milliarden Euro in die Kassen fließen würden. Damit könnte man alle Kommunen in Baden-Württemberg mit einem Schlag aus den roten Zahlen bringen. Das Finanzministerium ist sich der klaffenden Lücke also durchaus bewusst. Konsequenzen will man aber daraus offenbar keine ziehen. *"Wir haben keine Pläne, an diesem Steuersystem etwas zu ändern"*, bestätigt eine Sprecherin des Finanzministeriums der Stuttgarter Zeitung.
Die Privilegien der Gaswirtschaft standen bereits bei der Einführung der Erdgassteuer im Jahr 1989 Pate. Damals sollten die Zusatzgewinne der Gasunternehmen, die durch eine geplante weitere Erhöhung der Heizölsteuer entstanden, teilweise wieder abgeschöpft werden. Zuvor war Erdgas durch den Verzicht auf Steuern gefördert worden. Aber schon damals hatte der seinerzeit amtierende Finanzminister Gerhard Stoltenberg hingenommen, dass den Gasunternehmen praktisch die Lizenz zum Gelddrucken erhalten blieb. Die *"heizölsteuerbedingten Mehrerlöse"* der Konzerne nannte er *"windfall profits"*, die bei der Gaswirtschaft entstehen, weil ein konkurrierender Energieträger mit einer höheren Verbrauchssteuer belegt wird. Als *"windfall profits"* bezeichnet man Gewinne, die ein Unternehmen ohne eigenes Zutun einfährt - vom Wind hergewehte Gewinne.
In Berlin wird die unterschiedliche Besteuerung unter anderem mit ökologischen Gesichtspunkten verteidigt. *"Erdgas ist wesentlich umweltfreundlicher und soll deshalb gefördert werden"*, sagt die Sprecherin des Fi-

nanzministeriums dazu. Der Haken an der Sache: Beim Verbraucher kommt die angebliche Förderung nie an. Er bezahlt sein Erdgas nach einer Preisformel, die sich am Heizöl und dessen Steuersatz orientiert. Die Verbraucher würden umgekehrt sogar eine drastische Erhöhung der Gas-Steuer gar nicht spüren, weil sie ja jetzt schon mehr zahlen als sie eigentlich müssten. Nur die Lieferanten profitieren vom derzeitigen System, was eher auf eine erfolgreiche Lobbyarbeit hindeutet als auf eine umweltbewusste Politik.
Auf den ersten Blick hat sich die Belastung der beiden Brennstoffe wenigstens durch die Einführung der Ökosteuer etwas angeglichen. Die Abgabe für Erdgas stieg 1999 um 89 Prozent auf 0,35 Cent je Kilowattstunde. Die Steuer je Liter Heizöl stieg nur um 50 Prozent. Legt man aber vergleichbare Energieeinheiten zu Grunde, so stellt sich heraus, dass sich der Abstand zwischen Heizöl und Erdgas um 0,03 Cent je Kilowattstunde vergrößert hat. Das klingt nicht viel, doch die Menge macht's. Mit Hilfe der Ökosteuer fließen so weitere 250 Millionen Euro in die Kassen der deutschen Gaswirtschaft. Solange davon ausgegangen werden kann, dass Erdgas wirklich umweltfreundlicher ist, kommt wenigstens etwas Balsam auf die Ökoseele. Immerhin ist unbestritten, dass beim Verbrennen von Erdgas bis zu 30 Prozent weniger klimabelastendes Kohlendioxid entsteht als durch flüssige Brennstoffe. Das Stuttgarter Ingenieurbüro Fichtner, das sich auf Energiefragen spezialisiert hat, gießt aber Wasser in den Wein. Die Experten weisen darauf hin, dass während des Transports durch marode Leitungen in den GUS-Staaten große Mengen Erdöl entweichen. Erdgas besteht zu 90 Prozent aus Methan, dessen Treibhauseffekt sogar 20 Mal stärker ist als Kohlendioxid. Die Belastung der Umwelt könne nur geschätzt werden, da gesicherte Daten fehlen, räumt Fichtner-Experte Peter Heinrich ein. Durch Modernisierung der Leitungen könne es durchaus sein, dass in ein paar Jahren die Ökobilanz von Erdgas besser ausfällt als die von Heizöl. Obwohl die Gaswirtschaft seit Jahren die höhere Heizölsteuer in Rechnung stellt, haben die Verbraucherverbände das Manöver bis heute noch nicht erkannt. *"Uns ist diese Lücke nicht bekannt gewesen"*, sagt ein Sprecher des Bundesverbands der Verbraucherzentralen (VZBV). Bei ihren Großkunden kommen die Gaslieferanten aber schon längst nicht mehr mit dieser Art der Preisgestaltung durch. Die großen Abnehmer haben Rabatte durchgedrückt. Auch die kommunalen Stadtwerke profitieren von dem zu viel kassierten Geld. Das gibt auch das Finanzministerium zu. Werden hier also die Stadtwerke subventioniert? Die Sprecherin des Ministeriums schweigt viel sagend. Aber die stille Förderung der Gaswirtschaft auf Kosten der Steuerzahler geht noch weiter. Unternehmen, die bei ihren Lieferanten keine Rabatte durchsetzen können, wenden sich an ihr Finanzamt und lassen sich dort bis zu 40 Prozent der Steuer erstatten. Damit finanziert der Steuerzahler das Geschenk an die Gaswirtschaft nochmals (Andreas Kempf, Stuttgarter Zeitung, 23.09.2002).

Das Klimabonusprogramm von Erdgas Schwaben

Unter dem Motto „Klimaschutz fängt zuhause an" unterstützt die Erdgas Schwaben GmbH ihre Kunden ab dem 1. Oktober 2002 mit ihrem Klimabonusprogramm beim Umweltschutz. Jeder, der an diesem freiwilligen Klimaschutzprogramm teilnimmt und seine alte Ölheizung vorzeitig auf eine moderne Erdgasheizung umstellt, erhält pro Teilnahmejahr einen Klimabonus von 50 Euro zusätzlich zum einmaligen Umstellerbonus von 500 Euro. Bei einer maximalen Teilnahmedauer von fünf Jahren können teilnehmende Haushalte daher mit der Auszahlung von insgesamt bis zu 750 Euro rechnen.
Jeder am Klimabonusprogramm teilnehmende Haushalt wird nach der Heizungsumstellung durchschnittlich rund 3 Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid weniger ausstoßen als vorher. Das liegt daran, dass durch den Einbau einer modernen Erdgasheizung Brennstoff eingespart wird und bei der Verbrennung von Erdgas von Natur aus weniger Kohlendioxid ausgestoßen wird als bei der Verbrennung von Heizöl.
Mit dem Klimabonusprogramm könnte Erdgas Schwaben am internationalen Emissionsrechtehandel für Treibhausgase teilnehmen und die erzielten Einsparungen in Form von Zertifikaten am bereits vorhandenen freien Markt verkaufen. Das entspricht jedoch nicht den Zielen des Klimabonusprogramms, denn die durch das Programm erzielten Emissionsminderungen sollen in der Region Schwaben bleiben. Deshalb verpflichtet sich Erdgas Schwaben, alle durch das Klimabonusprogramm entstehenden Emissionsrechte stillzulegen. Das Klimabonusprogramm hat Pilotcharakter und zeigt, wie durch die Bündelung einer Vielzahl kleiner Emissionsquellen enorme Emissionseinsparungen entstehen können.

Nach den Regeln des Kyoto-Protokolls ist es notwendig, dass die Emissionsminderungen von einer unabhängigen Stelle überprüft werden. Daher wird das Klimabonusprogramm von Erdgas Schwaben durch die Carbon Management Service des TÜV Süddeutschland jährlich überwacht und genehmigt. Der TÜV Süddeutschland gehört zu einem kleinen Kreis von Gutachterorganisationen, denen eine Akkreditierung als Gutachter durch das Klimasekretariat der UN anerkannt werden soll (Netinformnewsletter, Climate and Energy 10/2002).
Ansprechpartnerin für weitere Informationen: Cornelia Benesch, Erdgas Schwaben GmbH, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Bayerstraße 43, 86199 Augsburg, Tel. (08 21) 90 02-360, Fax: (08 21) 90 02-365, mailto :cornelia.benesch@erdgas-schwaben.de, http://www.erdgas-schwaben.de

3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

EU kündigt Änderungen bei Kfz-Zulassungsgebühren an

Wie am 09.09.02 bekannt wurde, plant die EU, Kfz-Zulassungsgebühren in den Mitgliedsstaaten allmählich zu senken und letztlich abzuschaffen, um diese dann durch Straßen- und Kraftstoffgebühren zu ersetzen, die sich nach dem Verbrauch richten. Auch das Problem der Doppelbesteuerung bei Autoüberführung soll in angriff genommen werden. Lesen Sie mehr (in Englisch):

EU Outlines Changes in Car Registration Fees

On September 9, European Union Tax Commissioner Frits Bolkestein announced a new strategy to reform automobile registration fees. The move is partially aimed at reducing carbon dioxide emissions in the 15 member states and meeting the EU's environmental goals under the Kyoto Protocol. It calls for the gradual reduction and eventual elimination of current car registration taxes in the member countries, to be replaced by annual road and fuel taxes based on usage. It also seeks to address the problem of double taxation when consumers have to move a car from one country to another, thereby registering the car twice (BNA Daily Tax Report, September 10, 2002).
Originalpressemitteilung:
http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=IP/02/1274|0|RAPID&lg=EN&display=

Erreichen der Zielsetzung des Kyoto-Protokolls immer unwahrscheinlicher

Die OECD-Länder werden es allesamt nicht schaffen, ihre CO_2 Ausstöße so zu reduzieren, wie es das Kyoto-Protokoll verlangt. Und das selbst, wenn alle aktuell zur Debatte stehenden politischen Maßnahmen zur Austossenkung verwirklicht würden. Davor hat die Internationale Energie Agentur (IEA) in ihrem jüngsten Bericht über weltweite Energieaussichten gewarnt. Die besten Chancen, den CO_2-Ausstoß zu senken, bestünden, vor dem Hintergrund aktueller Politik, in der Branche der Energiegewinnung. Die weltweite Nachfrage nach Energie soll bis zum Jahre 2030 um 1,7 % pro Jahr ansteigen. Für $^2/_3$ dieses Anstiegs werden, dem Bericht zufolge, Entwicklungsländer verantwortlich sein. Lesen Sie mehr (in Englisch):

More doubt cast over Kyoto emission targets

OECD countries will collectively fail to reduce carbon dioxide (CO_2) emissions in line with targets in the Kyoto protocol even if all emission reduction policies currently under consideration are implemented, the International energy agency (IEA) has warned in its latest World energy outlook report.
Even with all such policies enacted, IEA concludes, OECD aggregate emissions would merely stabilise towards 2030. The Kyoto protocol, in contrast, requires industrialised countries to achieve a 5.2% contraction in all greenhouse gas emissions from 1990 levels by 2008-12.

> *"If governments wish to achieve larger or faster savings in energy or CO_2 emissions, they will need to take stronger measures to shape long-term energy and environmental outcomes,"*

the report warns.

Under currently envisaged policies the IEA sees the biggest reduction opportunity for CO_2 emissions in power generation because of the growth of the renewables sector and reduced electricity demand through greater efficiency. Reductions beyond a reference scenario assuming only policies already adopted by mid-2002, would be greatest in the EU (19% by 2030), followed by Japan, Australia and New Zealand (15%). Under the reference scenario global primary energy demand is projected to increase by 1.7% a year until 2030 - slightly down from the 2.1% annual increase over the last three decades. The document repeats the prediction made in its predecessor published in 2000 that developing countries will account for two-thirds of the increase in demand (Environment Daily 1292, 23/09/02).
http://www.iea.org

Neues Schadstoffausstoßgesetz für Motorräder in Kraft

Nach der politischen Übereinkunft im März, ist nun eine neue EU-Vorschrift in Kraft getreten, die die Höchstgrenze für erlaubten Schadstoffausstoß von zwei- und dreirädrigen Motorrädern senkt. Sie schreibt Grenzwerte vor, die ab dem 01.04.2003 gelten. Bis zu diesem Datum müssen auch die EU-Staaten diese Maßnahme in nationales Recht umgesetzt haben. Niedrigere Grenzwerte werden ab dem 01.01.2006 in Kraft treten. Dies war die Forderung, die am meisten Kontroversen zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Ministern hervorrief. Nach dieser Gesetzgebung ist es den Mitgliedsstaaten erlaubt, mit Steueranreizen Fahrzeuge zu begünstigen, die bereits den Grenzwerten genügen, noch bevor diese in Kraft getreten sind. Zukünftige Projekte der Europäischen Kommission werden eine zusätzliche Senkung dieser Grenzwerte sowie die Einführung einer speziellen Motorradtestreihe zur Ausstoßmessung sein. Lesen Sie mehr (in Englisch):

EU motorbike emissions law takes effect

A new EU directive cutting maximum emission levels from two and three-wheeled motorcycles became law on Friday, with its publication in the bloc's official journal. Political agreement on the rules was reached in March.

The directive prescribes limit values for motorcycle emissions of carbon monoxide, hydrocarbons and nitrogen oxides to apply from 1 April 2003, which is also the deadline for EU states to transpose the measure into national law. Tougher limits will take effect on 1 January 2006 - a requirement which was one of the directive's main sticking points between MEPs and ministers.

Under the legislation, a reworking of a 1997 directive, member states are permitted to use tax incentives to encourage vehicles that conform to the emission standards ahead of their implementation dates to be placed on the market.

The European Commission will be undertaking additional work that could result in a further tightening of emissions limits - including a possible new one for particulates - and the introduction of a specific motorbike test cycle for measuring emissions (Environment Daily 1292, 23/09/02).

In Frankreich geht die Sonne auf

Der Boom der Solarbranche ist ansteckend: Von Österreich bis Spanien und von Taiwan bis Frankreich orientieren sich Regierungen jetzt am deutschen Erneuerbaren Energiengesetz. Schon seit über einem Jahr zahlt Frankreich für Windstrom ähnlich günstige Einspeisevergütungen wie Deutschland, nämlich zwischen acht und neun Cent je KWh.

Jetzt schließt auch die Solarenergie in Frankreich auf. 4600 Euro Zuschuss gibt es pro Kilowatt installierter Leistung. Das sind bis zu 60 Prozent der Kosten. Außerdem gibt es jetzt zusätzlich eine Einspeisevergütung von 15,25 Cent pro Kilowattstunde für 20 Jahre. Damit rechnet sich Solarstrom auch in Frankreich. Ein kräftiger Aufschwung ist zu erwarten.

Bei Sonnenkollektoren war Frankreich vor 20 Jahren sogar führend. Doch das war bis vor kurzem vorbei. Jetzt aber gibt es eine neue Dynamik im gesamten französischen Solarmarkt.

Im Rahmen des "Plan Soleil" gibt der Staat Zuschüsse: 690 Euro pauschal für bis zu drei Quadratmeter Fläche, 920 Euro für bis zu fünf Quadratmeter und 1150 Euro für bis zu neun Quadratmeter Fläche. Die Mehrwertsteuer wurde auf 5,5 Prozent reduziert. Langfristig sollen bis zu einer Million Quadratmeter Sonnenkol-

lektoren pro Jahr auf Frankreichs Dächern installiert werden. Das wäre etwas mehr als 2001 in Deutschland installiert wurden (Dr. Franz Alt Journalist, ECO-News - Die grüne Presseagentur, 09.09.2002).

Europäischer Handel mit Erneuerbare-Energien-Zertifikaten ein Erfolg

Einem Konsortium europäischer Energiefirmen zufolge, ist das Pilotprogramm zum Handel mit Erneuerbare-Energie-Zertifikaten innerhalb Europas ein Erfolg und sollte dazu beitragen, einen Teil der EU-Richtlinie zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, die im Oktober 2003 in Kraft tritt, durchzusetzen. Lesen Sie mehr (in englisch):

European Trading of Green Energy Certificates a Success

A consortium of European power companies says a pilot program for trading renewable energy *"green certificates"* across international borders has been a success and should be used to implement part of the European Union's renewable electricity directive due by October 2003. Through the Renewable Energy Certification System (RECS), over 170 utilities in 13 EU countries, as well as Switzerland and Norway, have established common rules for verifying the origin of electricity from non-nuclear and non-fossil sources. Portuguese and Greek power companies are expected to join the system soon.

One side effect of the two-year project, which received EU research aid for almost half of its cost, was the discovery that the green certification could be extended inexpensively to promote disclosure of information on conventional electricity generation. Such disclosure is a key issue in the further liberalization of EU electricity markets (ENDS Environment Daily, September 12, 2002).

For more information, see the RECS website: http://www.recs.org.

Neues Gesetz in Spanien: Startschuss für erste solare Großkraftwerke in Europa

In Spanien werden für Strom aus solarthermischen Kraftwerken bald 12,02 Cent je Kilowattstunde zusätzlich zum Marktpreis gezahlt.

Der spanische Ministerrat hat die Einspeisevergütung für Strom aus Solarthermischen Kraftwerken beschlossen. Danach wird für solarthermisch erzeugten Strom ein Bonus von 12,02 Cent zusätzlich zum Marktpreis für konventionellen Strom gezahlt. Insgesamt erhält der Betreiber eines solchen Solarkraftwerkes von jetzt an knapp 16 Cent pro eingespeister Kilowattstunde, teilte die Soluz Generación Solar s.l. mit.

Nach Angaben des Unternehmens werde Spanien mit dieser Regelung weltweit zum Vorreiter für die Nutzung der Solarenergie aus großen solarthermischen Kraftwerken. Soluz Generación Solar s.l. entwickelt derzeit drei Standorte für Solarthermische Kraftwerke mit einer Leistung von jeweils 50 MW in Südspanien (Quelle: Soluz Generación Solar. Aus Netinformnewsletter 09/02).

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Die neue Broschüre des Umweltbundesamtes

Die Ökologische Steuerreform wirkt: Sie trägt dazu bei, dass unsere Umwelt von CO2-Emissionen entlastet wird, und sorgt für neue zukunftsfähige Arbeitsplätze. *"Ökosteuer - sparen oder zahlen?"* erläutert, warum wir die Ökologische Steuerreform brauchen, wie sie gestaltet ist und wie sie wirkt. Zahlreiche Tipps zeigen Ihnen, wie Sie persönlich zum Gewinner der Ökologischen Steuerreform werden können. Schon kleine Verhaltensänderungen können eine große Wirkung entfalten - für die Umwelt und Ihre Geldbörse.

Zum downloaden auf der Seite des Umweltbundesamts:
http://www.umweltbundesamt.de

Wir brauchen ein neues Steuersystem

Helmut Creutz geht in seinem Aufsatz „Wir brauchen ein neues Steuersystem – Es muss gerecht und zukunftsfähig sein!“ davon aus, dass das heutige Steuersystem dreifach problembelastet ist:

- Es ist viel zu kompliziert und unübersichtlich
- Es ist in vielfacher Weise ungerecht und unsozial

- Es ist in bedrohlicher Weise unökologisch.
- Aus diesen Negativeigenschaften ergeben sich für ein neues Steuersystem folgende Forderungen:
- Es muss einfach und für jeden verständlich sein
- Es muss demokratische und gerechte Strukturen fördern
- Es muss zu Umwelt-, Lebens- und Zukunftssicherung beitragen

Von diesen Forderungen ausgehend stellt Helmut Creutz eine Alternative zur Diskussion. Dabei handelt es sich angesichts der Kompliziertheit der Materie, nur um einen Vorentwurf. Vom heutigen Steuersystem unterscheidet er sich durch den Einsatz der bisherigen Lohn- und Einkommenssteuern durch ein Spektrum verschiedener Verbrauchsteuern.
Sie können den Aufsatz herunterladen unter http://www.inwo.de/archiv.htm. dort unter „Steuerreform“.

Wege zum umweltgerechten Verkehr

Technische Neuerungen reichen nicht aus, um ein umweltverträgliches Verkehrssystem zu gewährleisten. Das ist eines der Ergebnisse aus der aktuellen Broschüre *"Dauerhaft umweltgerechter Verkehr"* des Umweltbundesamtes. Sie stützt sich auf die deutsche Fallstudie des internationalen Projektes *"Environmentally Sustainable Transport"* der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Um einen nachhaltigeren Verkehr zu ermöglichen, seien auch strukturelle Verbesserungen notwendig, wie zum Beispiel im Rahmen einer regionalen Wirtschaftsförderung. Außerdem gelte es, ökonomische Anreize zu schaffen, etwa in Form einer fahrleistungsabhängigen LKW-Maut.
Bezug der kostenlosen Broschüre unter: Umweltbundesamt, Postfach 33 00 22, D-14191 Berlin, Fon 030/8903-0, Fax -2285.

Ökologische Steuerreform als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung

Der Landesnaturschutzverband (LNV) Baden-Württemberg gibt unter diesem Titel eine Broschüre heraus, die über Inhalte, Wirkungsweise und Ziele der Ökosteuer informiert. Der Verband will damit zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen. Die Autoren, drei Wissenschaftler der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg, kommen zu dem Ergebnis, dass die ökologische Steuerreform trotz konzeptioneller Schwächen einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland leistet. Die Broschüre ist ab dem 30. August 2002 bei der Geschäftsstelle des LNV und bei der FEST zu beziehen.

> *"Das Thema wird und muss uns alle in den kommenden Jahren und Jahrzehnten beschäftigen",*

so Reiner Ehret, Vorsitzender des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg. Als er dieses Ende Juli 2002 in seinem Vorwort zu der Broschüre formulierte, waren die Themen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ökosteuern weitgehend aus der politischen Diskussion verdrängt. Mit den verheerenden Folgen der Elbeflut und dem Auftakt des "Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung" in Johannesburg hat sich dies nun schlagartig geändert. Plötzliche Stimmungswandel dieser Art haben sich in der Vergangenheit aber immer wieder als sehr kurzlebig erwiesen. Der LNV setzt dagegen mit seiner Arbeit und insbesondere mit der aktuellen Broschüre auf eine kontinuierliche Diskussion über die notwendigen gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung.
In der Broschüre werden von den Autoren Hans Diefenbacher, Volker Teichert und Stefan Wilhelmy in zwei einleitenden Kapiteln zunächst das Konzept der Nachhaltigkeit und die Grundlagen von Ökosteuern dargestellt. In den Kapiteln 3 und 4 werden dann die Grundzüge der gegenwärtigen ökologischen Steuerreform und ihre Wirkungen beschrieben. In Kapitel 5 formulieren die Wissenschaftler ihre Kritik an dem bestehenden Reformansatz und unterbreiten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Ökosteuer. Im abschließenden Kapitel 6 gehen sie der Frage nach, inwieweit die ökologische Steuerreform ein sinnvolles Instrument einer nachhaltigen Entwicklung ist.

> *"Insgesamt kann die Ökosteuer im Sinne der Nachhaltigkeit positiv bewertet werden. Entscheidenden Einfluss auf eine nachhaltige Entwicklung wird die Ökosteuer aber nur haben, wenn sie mit weiteren Instrumenten kombiniert wird und wenn für alle Akteure klar erkennbar ist, dass es sich um einen wesentlichen Teil einer langfristigen Strategie handelt",*

so dass Fazit der Autoren. Der umfangreiche, zum Teil kommentierte Anhang der Broschüre informiert über aktuelle Literatur und wichtige Internetadressen zum Thema.
Bibliographische Angaben:
Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (Hrsg.): Ökosteuern - Die ökologische Steuerreform als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung. Verfasst von Hans Diefenbacher, Volker Teichert und Stefan Wilhelmy. Heidelberg, August 2002. 44 Seiten, 4 Schaubilder.
Bezug und weitere Informationen:
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. - Institut für interdisziplinäre Forschung (FEST), Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg, Telefon: 06221/9122-0, Fax: 06221/167257, http://www.fest-heidelberg.de, E-mail: mailto:hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de
Schutzgebühr: 3 EURO

Aktion Klimaschutz setzt auf nachhaltige Mobilität

Anlässlich der Europäischen Woche der Mobilität macht die Kampagne "Aktion Klimaschutz" der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena), unterstützt vom Bundesumweltministerium und der Deutschen Bahn AG, auf die CO2-Einsparpotentiale im Bereich Individualverkehr aufmerksam. Zudem geben sie in der Broschüre *"Lasst uns das Klima retten - 25 einfache Energiespartipps für zuhause und unterwegs"* praktische Tipps, wie man möglichst klimafreundlich mobil sein kann.
Der Verkehr in Deutschland ist bundesweit jährlich für ca. 21% des CO2-Ausstoßes verantwortlich. Immer größer wird dabei der Anteil des Einkaufs- und Freizeitverkehrs. Deshalb zeigt die Deutsche Energie-Agentur im Rahmen der Aktion Klimaschutz, wie jeder Einzelne einen beträchtlichen Anteil der CO2-Emissionen zum Beispiel durch nachhaltige Mobilität einsparen kann. *"Mit der Wahl des Verkehrsmittels beeinflussen wir unser Klima. Ein intelligenter Verkehrsmittelmix ist auch eine Entscheidung für den Klimaschutz"*, erklärt Kristina Steenbock, Geschäftsführerin der dena. *"Nachhaltige Mobilität ist ein wichtiges Thema im Rahmen der Kampagne, denn der Verkehr ist einer der Hauptproblembereiche für den Klimaschutz. Die Wachstumsprognosen für den Individual- und Güterverkehr sind erschreckend hoch. Wir stehen hier vor einer großen Herausforderung, die ohne die Bahn nicht zu bewältigen sein wird. Deshalb legen wir im nächsten Jahr, zusammen mit unserem Partner, der Deutschen Bahn AG, einen Kampagnenschwerpunkt auf das Thema Mobilität",* so Frau Steenbock. Unterstützt wird die Kampagne von den zwei Pinguinen "Prima & Klima", die bundesweit für individuellen Klimaschutz werben. In der Broschüre *"Lasst uns das Klima retten - 25 einfache Energiespartipps für zuhause und unterwegs"* zeigen sie, wie man möglichst klimafreundlich mobil sein kann. Statt Kurzstrecke mit dem Auto zu fahren, lieber mal den öffentlichen Nahverkehr ausprobieren, empfehlen "Prima & Klima". Doch es muss nicht immer gleich umsteigen auf den öffentlichen Verkehr sein. Auf den richtigen Reifendruck achten gehören genauso zu den "Pinguin-Tipps" wie Dachgepäckträger bei Nichtbenutzung abmontieren und den Kofferraum entrümpeln, um den Spritverbrauch zu senken. Eine vierköpfige Familie kann mit den Mobilitätstipps der Broschüre bis zu einem Drittel ihrer verkehrsbedingten CO2-Emissionen reduzieren. Aktion Klimaschutz ist eine bundesweite Informationskampagne zu den Möglichkeiten des individuellen Handelns für Klimaschutz im Alltag, die sich besonders an private Haushalte sowie Energieverbraucher aus den Bereichen Handel, Gewerbe und Dienstleistungen richtet. Wer mehr zur Kampagne erfahren will, findet unter http://www.aktion-klimaschutz.de Informationen und Klimaschutztipps für den Alltag. Die Klimaschutz-Broschüre steht auf der Homepage als Download zur Verfügung (vivergy.com AG mit http://www.energiewerk.net - Partner von netinform).

Neue Vorschläge des Wuppertal Instituts

Vorschläge zur Energieeffizienz finden Sie im Wuppertal Spezial 24 *„Die vergessene Säule der Energiepolitik - Energieeffizienz im liberalisierten Strom- und Gasmarkt in Deutschland“* von Stefan Thomas, Matthias Wissner, Dr. Kora Kristof und Wolfgang Irrek zu beziehen unter:
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Postfach 10 04 80, 42004 Wuppertal oder
http://www.wupperinst.org/energieeffizienz

5. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

BUND-Vorschläge zur Reform der Entfernungspauschale

Der BUND hat für die laufenden rot-grünen Koalitionsverhandlungen einen Vorschlag vorgelegt, wie die Entfernungspauschale für Pendler reduziert und sozial gerechter ausgestaltet werden kann.

Gründe für eine Reform der Entfernungspauschale

Berufstätige, die den Weg zu ihrem Arbeitsplatz mit Auto, Motorrad oder Fahrrad zurücklegen, können bei ihrer Steuererklärung die so genannte Entfernungspauschale geltend machen. **Anerkannt wird jedoch nur die einfache Entfernung** (daher Entfernungskilometer). Für einen Kilometer können Pendler 35 Cent, ab dem 11. Kilometer 40 Cent als Werbungskosten geltend machen.

Mit der Umwandlung der früheren Kilometerpauschale in die verkehrsmittelunabhängigen Entfernungspauschale ist seit 2001 die Ungerechtigkeit zwischen den Nutzern der verschiedenen Verkehrsmittel beseitigt worden.

Aber auch in ihrer jetzigen Ausgestaltung bleibt die Entfernungspauschale ökologisch kontraproduktiv und ist darüber hinaus sozial ungerecht.

Gründe dafür sind:

- **Stimulierung der Stadtflucht und Zersiedelung der Landschaft**, da die Pendlersubventionierung zusätzlich zu billigeren Mieten bzw. Baugrundstücken erfolgt (weiterer Pull-Faktor). Diese Subventionierung erfolgt zusätzlich zu den Kosten für Straßenbau (fast alle Ortsumgehungsstraßen werden aufgrund der hohen Zunahme der Pendlerfahrten gebaut). Dagegen müssen Stadtbewohner eine erhöhte Verkehrs- und Umweltbelastung ertragen, zahlen im Durchschnitt höhere Mieten. Folge**: wer es sich leisten kann, zieht um.**
- **Entlastung vor allem der höheren Einkommensgruppen**, da die reale Entlastung vom jeweiligen Grenzsteuersatz des Steuerzahlers abhängig ist. Dagegen profitieren gerade die Akteursgruppen nicht, die meist als Hauptargument für deren Notwendigkeit angeführt werden: Auszubildende und Pendler mit niedrigen Einkommen.

Notwendige Maßnahmen in der 15. Legislaturperiode

- Abbau der Entfernungspauschale:
  - Absenkung der steuerrechtlich absetzbaren Entfernungspauschale pro Entfernungskilometer. Betroffen davon sind insbesondere Bezieher mit höheren Einkommen.
  - Sozialer Ausgleich durch zielgerichtete Förderung von Arbeitnehmern mit geringem Einkommen und langen Wegen zum Arbeitsplatz (z.B. von Ost- nach Westdeutschlang) analog zum Wohngeld. Dabei Orientierung an den Kosten für die Bahn bzw. den ÖPNV.
- Verhinderung des weiteren Zersiedelungsanreizes: Entfernungspauschale darf nur noch dann geltend gemacht werden, wenn die Verlängerung des Pendlerweges arbeitsplatzbedingt ist. D.h., analog zur doppelten Haushaltsführung sollte die Pauschale in Zukunft nur noch dann gewährt werden, wenn sich der Weg vom Wohnort zur Arbeit aufgrund der Verlagerung des Arbeitsplatzes (Wechsel der Betriebsstätte oder Arbeitsaufnahme bei anderem Unternehmen) verändert. Damit wird die Anrechnung der Entfernungspauschale für diejenigen ausgeschlossen, die ihren Wohnort in eine größere Entfernung zum Arbeitsplatz verlagern.

Tabelle 1: Jährliche Entlastung der Arbeitnehmer bei 50 Entfernungskilometern und 220 Arbeitstagen

Grenzsteuersatz	Steuerentlastung in € / Jahr
Steuerfreies Existenzminimum	0
20%	880
30%	1320
40%	1760

Quelle: eigene Berechnungen

Zum Vergleich: die reinen Benzinkosten liegen bei einem Verbrauch von 5l/100 km bei 1100 €/Jahr, bei 7l/100 km bei 1540 € /Jahr (Preis 1 €/l), Gesamtkilometer/Jahr = 22.000

Ausweg aus der Benzinpreisfalle - Für einen differenzierten Mix aus Ökosteuern, Emissionshandel, Förderprogrammen und Subventionsabbau

Matthias Seiche

Die Frage der Weiterführung der ökologischen Steuerreform führt zur ersten Nagelprobe für Rot-Grün in den laufenden Koalitionsverhandlungen. Während sich Bundeskanzler Schröder gegen weitere Ökosteuer-Stufen über 2003 hinaus positioniert hat, steht die Weiterführung der Reform für die Bündnisgrünen an erster Stelle ihrer acht Kernforderungen. Die Grünen können sich mit ihrem gestärkten Wahlergebnis auch darauf berufen, dass die Hochwasserkatastrophe im August die Unterstützung in der Bevölkerung für eine engagierte Klimaschutzpolitik erhöht hat. Trotzdem ist eine Fortsetzung der bisherigen Ökosteuer-Konstruktion eher unwahrscheinlich. Aussichtsreicher ist eine neue Gewichtung der verschiedenen Ökosteuern und eine engere Verknüpfung der Reform mit anderen umweltpolitischen Maßnahmen. Für die Sektoren Verkehr, Gebäudeheizung, Stromerzeugung und -verbrauch sowie die Industrie sollten die Instrumente Ökosteuern, Emissionshandel, Förderprogramme und Subventionsabbau miteinander kombiniert werden. Dadurch werden die umweltpolitischen Ziele genauer erreicht und auch die Vermittlung der Reformbestandteile in der Öffentlichkeit wird erleichtert.

Die ersten fünf Stufen (1999 - 2003) der ökologischen Steuerreform waren charakterisiert durch eine relativ breite Bemessungsgrundlage (Benzin, Diesel, Heizöl, Erdgas, Strom), jährliche maßvolle Erhöhungsschritte (allerdings bei Heizöl und Erdgas schon nach der ersten Stufe ausgesetzt), hohe Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe und die aufkommensneutrale Verwendung der Ökosteuern zur Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung.

Dieser Mechanismus, die Energiepreise zu erhöhen und die Arbeitskosten zu senken, wurde über viele Jahre von Umweltökonomen, Politikern, Gewerkschaften und Umweltverbänden unterstützt. Nicht zuletzt wissenschaftliche Studien, wie die 2001 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlichte Prognose, dass die gesetzlich festgelegten Ökosteuer-Stufen bis zu 250.000 Arbeitsplätze schaffen können, hielten die Unterstützer bei der Stange.

Doch der Gegenwind gegen das bisherige Ökosteuer-Modell ist heftig. Die wiederholten Anti-Ökosteuer-Kampagnen von CDU/CSU, FDP und Boulevardpresse haben sich zwar inzwischen totgelaufen. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich aber in der Folge gegen eine Fortsetzung der ökologischen Steuerreform ausgesprochen. Dies kann nur mit einer geschickten Neukonstruktion des Ökosteuer-Modells umgangen werden. Außerdem sollte die Koalition die positiven Effekte der Reform gemeinsam öffentlich vermitteln. Andernfalls bleibt in der Bevölkerung nur der Eindruck eines fruchtlosen Regierungskonfliktes hängen.

Zwei Randbedingungen sind entscheidend für eine Weiterentwicklung:

Erstens sind weitere Benzinpreiserhöhungen nach 2003 vorerst politisch nur schwer durchsetzbar. Aber der Straßenverkehr ist nach wie vor das Umweltproblem Nummer Eins in Deutschland. Gleichwohl schöpft die Automobilindustrie die technischen und ökonomischen Einsparpotenziale beim Benzinverbrauch nicht annähernd aus. Die Bundesregierung muss eine Lösung zur Verringerung der CO2-Emissionen aus dem Verkehr finden, sonst sind alle Klimaschutzziele Makulatur.

Zweitens muss eine überzeugende Lösung für die Frage der Aufkommensverwendung gefunden werden. Es ist fraglich, ob eine weitere Erhöhung des Bundeszuschusses für die gesetzliche Rentenversicherung über das bis 2003 entstandene Ökosteuer-Niveau (ca. 17 Mrd. Euro jährlich) hinaus sinnvoll ist. Die Bundesregierung versprach 1998, mit Hilfe der Ökosteuern die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent zu senken. Diese Rechnung geht aber wegen des ständig ansteigenden Anteils der Rentner an der Bevölkerung und der hohen Arbeitslosigkeit nicht mehr auf. Momentan reichen die Ökosteuern höchstens noch zur Stabilisierung des Rentenbeitrages aus. Deshalb ist diese Art der Ökosteuer-Verwendung auf Dauer kein Erfolgsrezept.

Im folgenden werden einige Empfehlungen formuliert, wie die ökologische Steuerreform so weiterentwickelt werden kann, dass sie gleichermaßen politisch mehrheitsfähig, ökologisch zielgerichtet und wirtschafts- und sozialverträglich ist. Was sich zunächst wie eine Quadratur des Kreises anhört, wird realistischer, wenn man die ökologische Steuerreform nicht als eine untrennbare Verbindung möglichst breit angelegter Energie- und Verkehrssteuern anlegt. Stattdessen sollten die unterschiedlichen Ökosteuern auf Benzin, Heizöl, Erdgas und Strom und ihre Wirkungen in den Bereichen Verkehr, Haushalte und Industrie differenziert analysiert werden. Dann wird auch der Vergleich zwischen den umweltpolitischen Instrumenten Ökosteuer, Emissionshandel, Ordnungsrecht, Förderprogrammen, Selbstverpflichtungen etc. von ideologischem Ballast befreit. Keines dieser Instrumente kann für sich beanspruchen, den Königsweg für Klima- und Umweltschutz zu weisen. Für verschiedene Verursacher von Umweltproblemen, Technologien und Energieträger ist jeweils ein eigener Instrumentenmix erforderlich. Die Ökosteuer kann dabei an einigen Stellen einen wichtigen Beitrag leisten, an anderen Stellen kann sie aber auch gegenüber sektorspezifischen Instrumenten in den Hintergrund treten.

1. Verkehr:

Der Straßenverkehr trägt trotz des hohen Steueranteils an den Benzinpreisen (ca. 75 Prozent) die von ihm verursachten externen Kosten längst noch nicht vollständig. Die Mineralölsteuer (in der die Ökosteuer auf Benzin mit z.Zt. 12,28 Cent je Liter steuertechnisch enthalten ist) erbringt im Jahr 2002 vsl. 42,5 Milliarden Euro, während die negativen externen Effekte des Straßenverkehrs durch Schadstoffbelastung, Treibhausgase, Lärm, Naturzerstörung und Unfälle von IWW/Infras auf 107 Milliarden Euro geschätzt werden. Gleichzeitig hat der zwischen 1999 und 2001 sowohl durch die Weltmarktpreise als auch die Ökosteuern erhöhte Benzinpreis dazu geführt, dass der Benzinverbrauch in Deutschland erstmals seit Jahrzehnten rückläufig war. Dabei ist zwischen kurzfristigen Effekten wie geringerer Autonutzung im Freizeitverkehr und längerfristigen Effekten wie dem Umsteigen von Pendlern auf öffentliche Verkehrsmittel und der Anschaffung sparsamerer Fahrzeuge zu unterscheiden.

Insbesondere der längerfristige Trend zur Senkung des durchschnittlichen Verbrauchs der PKW-Flotte verläuft bisher viel zu langsam nach unten. Zwischen 1970 und 2000 ist der Durchschnittsverbrauch der PKW-Flotte lediglich von 9,6 Liter je 100 km auf 8,5 Liter je 100 km zurückgegangen, das entspricht insgesamt nur 11 Prozent und jährlich sogar nur 0,4 Prozent Effizienzzuwachs. Im gleichen Zeitraum ist der Durchschnittsverbrauch von Gefriertruhen um 60 Prozent gesunken. Nach dem heutigen technischen Stand müsste das 3 bis 4 Liter-Auto nicht in der Nische stecken, sondern den Standard setzen. Die Bundesregierung sollte als erstes Ziele setzen, an welchen Marken sie den Durchschnittsverbrauch der neu zugelassenen Fahrzeuge in den Jahren 2006 und 2010 sehen will. 5 Liter je hundert Kilometer bzw. 120 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer im Jahr 2006 und 3,5 Liter im Jahr 2010 wären anspruchsvolle, aber erreichbare Zielmarken.

Wie aber kann ein solches Ziel gesetzlich erreicht werden? Eine Lösung könnte eine mittels Zertifikatehandel flexibilisierte Flottenverbrauchsregelung sein. Der Staat gibt dabei einen Zielwert für den durchschnittlichen Verbrauch aller in einem Jahr in Deutschland in Verkehr gebrachten Fahrzeuge vor. Die einzelnen Fahrzeuge können von dem Durchschnitt beliebig nach oben und unten abweichen. Selbst die einzelnen Automobilhersteller müssen bei der von ihnen in Verkehr gebrachten Flotte nicht zwingend den Durchschnitt erreichen, sondern können darüber liegen, wenn sie dafür Zertifikate von anderen Herstellern kaufen, deren Flottenverbrauch unter der Zielmarke liegt. Diese Regelung führt für die Käufer durchschnittlicher PKWs nicht zu Mehrkosten. Nur die Käufer von hochmotorisierten Limousinen oder Geländefahrzeugen werden zwangsläufig etwas tiefer in die Tasche greifen müssen. Selbstverständlich müssten für alle in Deutschland

neu zugelassenen Fahrzeuge Zertifikate nachgewiesen werden, gleich ob sie hier gebaut oder importiert wurden. Für die Hersteller hat der Zertifikatehandel im Vergleich zu einer starren Obergrenze für den Flottenverbrauch den Vorteil, dass sich Effizienzverbesserungen schon im Bereich von zehntel-Liter Beträgen in Form von Millionen gesparter Zertifikatekosten rechnen. Das lenkt die Managemententscheidungen der Automobilkonzerne zu Gunsten sparsamer Fahrzeuge im Massenmarkt.

Eine sparsamere Fahrzeugflotte entschärft das Klimaproblem im Verkehrsbereich, bringt aber keine Entlastung bei den anderen Problemen des hohen Verkehrsaufkommens: Lärm, Unfälle und Naturzerstörung durch Straßenbau. Bei diesen Problemen ist ein Politikmix aus Ökosteuern, Ordnungspolitik (z.B. Gesetzgebung für lärmarme Reifen und Tempolimits) und Infrastrukturpolitik (Fortsetzung der unter Rot-Grün begonnenen Umlenkung der Investitionsmittel von der Straße zur Schiene) angebracht. Keines der Instrumente wird für sich alleine die Schäden des Straßenverkehrs drastisch reduzieren können. Eine weitere Erhöhung der Kraftstoffpreise kann die Bundesregierung aber leichter vermitteln, wenn die Flottenverbrauchsregelung zu greifen beginnt. Der ohnehin nicht sehr starke Anreiz zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel und zur Verkehrsvermeidung würde ohne Fortführung der regelmäßigen Mineralölsteuer-Erhöhungen durch sinkende Treibstoffkosten pro Kilometer immer geringer werden. Gleichzeitig sollten auch im sonstigen Steuerrecht die Weichen zugunsten der Bahn gestellt werden: Die Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes im Fernverkehr der Bahn auf 7% statt 16%, wie sie bereits in alle anderen EU-Staaten praktiziert wird, macht das Bahnfahren spürbar preisgünstiger. Emissionsabhänge europaweite Landegebühren und die Einführung der Mehrwertsteuerpflicht im innereuropäischen Luftverkehr würden die Bevorzugung des Luftverkehrs gegenüber den anderen Verkehrsmitteln zumindest abmildern, so lange eine Kerosinsteuer international nicht durchsetzbar ist.

Falls eine weitere Erhöhung der Mineralölsteuer nach dem heutigen Muster im Jahr 2004 aus politischen Gründen zunächst nicht zustande kommt, könnte dieser Zeitraum genutzt werden, um die Dieselsteuer für PKW auf das Niveau für unverbleites Normalbenzin anzuheben. Damit diejenigen, die sich erst vor kurzem ein Dieselfahrzeug gekauft haben, nicht verärgert werden, kann die Steuerangleichung bereits 2003 verbindlich im Gesetz festgelegt werden, aber später schrittweise in Kraft treten.

2. Gebäudeheizung

Der durchschnittliche Energieverbrauch des Gebäudebestandes in Deutschland beträgt zur Zeit rund 220 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr. Der gesetzliche Standard für Neubauten liegt bei 70 Kilowattstunden und moderne Passivenergie-Häuser kommen mit 10 bis 15 Kilowattstunden aus. Mit einem groß angelegten Sanierungsprogramm könnte es gelingen, bis 2006 rund 6 Prozent (entspricht 2 Millionen Wohnungen) und bis 2010 rund 12 Prozent der Wohnungen energetisch zu sanieren. Die rot-grüne Bundesregierung hat aus den UMTS-Erlösen die Mittel für Wärmedämmung um 200 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt. Doch mit den über die Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgereichten Krediten können nur maximal 66.000 Wohnungen pro Jahr saniert werden. Die Fördermittel sollten daher deutlich aufgestockt werden. Sie sollten in Zukunft auch nicht nur in Form verbilligter Kredite ausgereicht werden, sondern auch als Zuschüsse, denn viele private Investoren wollen sich für Renovierungsmaßnahmen nicht verschulden.

Von einem Förderprogramm profitiert auch der Arbeitsmarkt, da Investitionen in Wärmedämmung wesentlich arbeitsintensiver sind als sonstige Bauleistungen. Das Wuppertal Institut errechnete in einem ambitionierten Wärmeschutz-Szenario 405.000 neue Arbeitsplätze im Jahr 2010. Angesichts der Krise in der Baubranche ist das für jeden Bundeskanzler ein zusätzlicher Pluspunkt.

Eine weitere Erhöhung der Ökosteuer auf Heizöl und Erdgas könnte die benötigten Finanzmittel mobilisieren. Allerdings würde mit einer Verwendung der Ökosteuer-Einnahmen für ein Förderprogramm das Prinzip der Aufkommensneutralität verletzt. Ist das sachlich gerechtfertigt und politisch klug? Dieser Frage wird weiter unten nachgegangen. Entscheidend ist die sachliche Begründung des Investitions- und Förderbedarfs. Aus welchen Steuerquellen die Finanzmittel dafür aufgebracht werden, ist eher eine Frage der politischen Kommunikation.

3. Stromnutzung

Die Stromsteuer ist die einzige wirklich neue Steuer, die im Rahmen der ökologischen Steuerreform in das Steuersystem aufgenommen wurde. Ihre ökologische Lenkungswirkung konnte die Stromsteuer bis jetzt nicht unter Beweis stellen, denn die Steuererhöhungen (seit 1999 zwei Cents je Kilowattstunde) setzten zum gleichen Zeitpunkt ein, als aufgrund der Liberalisierung des Strommarktes die Strompreise deutlich sanken. Die monatliche Stromrechnung für einen Haushalt mit 3500 kWh Jahresverbrauch betrug im Jahr 1998 durchschnittlich 50 Euro, im Jahr 2002 dagegen nur noch 44 Euro. Da in den meisten Haushalten das Bewusstsein für die Höhe der Stromkosten und die Umweltbelastungen durch Stromerzeugung äußerst gering ist, sollte sich eine Strategie zur Senkung des Stromverbrauchs nicht alleine auf eine weitere Erhöhung der Stromsteuer beschränken. Rund die Hälfte des Stromverbrauchs ließe sich schon heute mit rentablen Maßnahmen senken (z.B. effiziente Beleuchtungstechnik und Heizungspumpen). Damit diese Potenziale genutzt werden, ist in erster Linie eine Informationsoffensive notwendig, die nicht vom Staat alleine getragen werden kann. Schließlich ist das Ordnungsrecht für eine verbesserte Information unentbehrlich. So basiert die Kennzeichnung der Energieeffizienzklassen A bis G bei Haushaltsgeräten nicht auf einer freiwilligen Vereinbarung, sondern auf EU-Gesetzgebung. Zur Verringerung des weitgehend überflüssigen Stand-by Verbrauches - für dessen Erzeugung ständig zwei Atomkraftwerke laufen müssen - sind ebenfalls ordnungsrechtliche Maßnahmen notwendig; z.B. Festlegung von Höchstverbrauchsgrenzen oder Kennzeichnungspflichten.

Für kleine und mittlere Unternehmen sowie die öffentliche Verwaltung können wie im Bereich der Gebäudewärme auch die Einsparpotenziale bei der Stromnutzung hervorragend durch Contracting-Modelle erschlossen werden.

Parallel zu diesem breit gefächerten Maßnahmenbündel macht auch eine weitere Erhöhung der Stromsteuer im bisherigen Tempo (0,26 Cents/kWh pro Jahr) Sinn. Eine tatsächliche oder auch nur fiktive Verknüpfung der Stromsteuer-Einnahmen mit Ausgabeprogrammen für Beratung ist aber nicht angebracht. Erstens wäre es nicht sachgerecht, die Einnahmen aus der Stromsteuer und die Ausgaben für Beratungsprogramme künstlich aneinander anzugleichen. Auch die Akzeptanz würde eher darunter leiden, denn es entstünde der Eindruck einer „Zwangsberatung“. Hier sollte also am Prinzip der Aufkommensneutralität festgehalten werden.

4. Stromerzeugung

Direkte Anreize zur Erhöhung der Effizienz in der Stromerzeugung schafft die ökologische Steuerreform bisher durch die Mineralölsteuerbefreiung für hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Bisher noch nicht umgesetzt wurde das Versprechen der rot-grünen Koalition, den Strom aus erneuerbaren Energien von der Stromsteuer zu befreien. Auch wenn die Befreiung nur für den gesondert als Ökostrom vermarkteten Strom einen zusätzlichen Marktvorteil schafft, trägt sie doch zur Glaubwürdigkeit der ökologischen Steuerreform bei und sollte bald möglich realisiert werden. Das Marktanreizprogramm zur Förderung der erneuerbaren Energien wurde 1999 zusammen mit der Stromsteuer eingeführt und wird zur Zeit mit 200 Millionen Euro nominell aus den Stromsteuereinnahmen der regenerativen Stromerzeugung gespeist. Faktisch unterliegt das Marktanreizprogramm wie jedes andere Förderprogramm auch der jährlichen Haushaltsplanung des Bundes. Für die von hektischen politischen Entscheidungen geplagte Erneuerbare-Energien-Branche ist mehr Planungssicherheit überlebensnotwendig. Die Verwendung eines festen Teils der Stromsteuereinnahmen für das Marktanreizprogramm ist zwar aus haushaltspolitischer Sicht willkürlich, schafft aber eine politisch heilsame Selbstbindung der Regierung. Ohne diese Selbstbindung wäre das Marktanreizprogramm schon in der vergangenen Wahlperiode vom Wirtschaftsministerium zusammengestrichen worden.

Der Stromsteuer wird mitunter vorgeworfen, dass sie keine direkten Anreize zur Erhöhung der Energieeffizenz in den Kraftwerken schafft, denn die Steuerlast wird alleine von den Endverbrauchern getragen, nicht von den Stromerzeugern. Abhilfe könnte eine Primärenergiesteuer schaffen, die direkt auf die eingesetzten Brennstoffe Kohle, Erdgas oder Uran erhoben wird. Die Einführung einer Primärenergiesteuer ist bisher daran gescheitert, dass es kein Zertifizierungssystem gibt, um den Strommix und Primärenergiegehalt bei Importstrom nachzuweisen. Das wäre aber erforderlich, um Importstrom genauso differenziert wie inländisch erzeugten Strom zu versteuern.

Mit der von der EU-Kommission geplanten Einführung eines europäischen CO2-Emissionshandels wird sich dieses Problem zumindest für die Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern von selbst lösen. Da die fossilen Kraftwerke dann aber im Gegensatz zur Kernenergie einem zusätzlichen Effizienzdruck unterworfen werden, müsste für Kernbrennstoffe zum Ausgleich eine Primärenergiesteuer eingeführt werden.

5. Industrie, Emissionshandel und Ökosteuer-Ermäßigungen

Der oben angesprochene europäische Emissionshandel erfasst nicht nur die Stromerzeugung in fossilen Kraftwerken, sondern auch Raffinerien, Kokereien, die Stahl-, Zement-, Glas-, Keramik-, Holz- und Papierindustrie.

Um die Einführung des Emissionshandels ist ein heftiger Interessenkampf entbrannt. Noch ist nicht entschieden, ob die EU-Kommission eine Mehrheit für den von ihr vorgelegten Richtlinienentwurf organisieren kann. Die rot-grüne Bundesregierung hat bisher keine einheitliche Position gefunden.

Sowohl Befürworter als auch Gegner des EU-Richtlinienvorschlages führen berechtigte Argumente an: Zunächst ist es richtig, dass der Emissionshandel das marktwirtschaftlichste und zielgenaueste Instrument des Klimaschutzes ist. Das gilt freilich nur unter der Voraussetzung, dass anspruchsvolle Ziele festgelegt werden und die Teilnahme für alle Unternehmen der oben genannten Branchen verbindlich ist. Die Skeptiker wenden ein, dass die deutsche Industrie von allen volkswirtschaftlichen Sektoren ohnehin schon am meisten zum europäischen Klimaschutz beigetragen habe. Dem lässt sich dadurch begegnen, dass die Anfangsausstattung der Zertifikate zunächst kostenlos ausgegeben wird und Vorleistungen aus vergangenen Jahren anerkannt werden.

Wenn der europäische Emissionshandel eingeführt wird, eröffnet dies gleichzeitig Chancen für eine sachgerechtere Behandlung der Unternehmen im Rahmen der ökologischen Steuerreform. Bisher profitiert das produzierende Gewerbe von einer pauschalen Ermäßigung der Ökosteuern auf Heizöl, Erdgas und Strom um 80 Prozent. Zusätzlich deckelt der so genannte Nettobelastungsausgleich die maximal zu zahlende Ökosteuer auf das 1,2 fache der Senkung der Rentenversicherungsbeiträge seit Einführung der Ökosteuern. Für energieintensive Großunternehmen ist die Ökosteuer damit eine zu vernachlässigende Restgröße, deren Höhe von der Entwicklung des Energieverbrauchs des Unternehmens gar nicht mehr abhängt. Das Volumen dieser Ermäßigungen beträgt 3,8 Milliarden Euro und ist verantwortlich dafür, dass die im Subventionsbericht ausgewiesenen Subventionen unter Rot-Grün nicht gesunken, sondern gestiegen sind. Gleichzeitig zahlen die Dienstleistungsunternehmen und das Speditionsgewerbe die volle Ökosteuer. Der SPD mangelt es am politischen Willen, diese absurde Situation zu beenden. Die Bundesregierung hat sich die Ermäßigung um 80 Prozent noch bis 2012 von der EU-Kommission genehmigen lassen.

Die Einführung eines verbindlichen Emissionshandelssystems würde es ermöglichen, die betroffenen Anlagen ganz von der Ökosteuer zu befreien. Damit Wettbewerbsgleichheit hergestellt wird, müssten aber alle anderen Unternehmen und auch die Verwaltungsbereiche der am Emissionshandel beteiligten Unternehmen die Ökosteuern in voller Höhe zahlen. Schließlich gibt es keinen Grund, warum für die Klimaanlage der Daimler-Chrysler-Hauptverwaltung weniger Stromsteuer zu zahlen ist als für die Klimaanlage der Deutschen Bank. Lediglich für besonders energieintensive Unternehmen, die nicht in den Emissionshandel einbezogen sind, ist eine differenzierte Ökosteuer-Ermäßigung gerechtfertigt. Dabei sollte die Höhe der Ermäßigung nicht pauschal nach Branchenzugehörigkeit, sondern individuell nach der Energieintensität der betroffenen Unternehmen gestaffelt werden, wie es der Umweltverband BUND vorgeschlagen hat und jetzt auch im Rahmen der europäischen Verhandlungen zur Energiesteuer-Harmonisierung diskutiert wird.

Aufkommensneutralität beibehalten?

Im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Förderprogramm für Wärmedämmung wurde die Option der Finanzierung dieses Programms aus erhöhten Ökosteuern auf Heizöl und Erdgas erwähnt. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist das auch die realistischste Form, die benötigten Finanzmittel zu mobilisieren. Lohnt es sich dafür, das Prinzip der Aufkommensneutralität zu verletzen? An dieser Frage scheiden sich auch unter umweltpolitisch Engagierten die Geister. Aus umweltökonomischer Sicht ist das Prinzip der Aufkommensneutralität richtig, denn die ökologische Steuerreform soll die Steuer- und Abgabenlast nicht erhöhen, sondern lediglich umschichten. Das ist die Gewähr dafür, dass die Reform die Volkswirtschaft und den

Arbeitsmarkt eher entlastet als belastet. Andererseits ist es in den ersten vier Jahren seit dem Einstieg in die Reform nicht gelungen, dieses Prinzip in der Bevölkerung positiv zu vermitteln. Vor diesem Hintergrund sollte die Debatte über Aufkommensneutralität entmystifiziert werden. Wohin also mit den Ökosteuern? Rechtlich gibt es keine Zweckbindung von Steuereinnahmen. Zur Begründung der Ökosteuer-Verwendung kommen folgende Varianten in Frage, bei denen eine nominelle Zweckbindung eine mehr oder weniger große Rolle spielt:

- Ökosteuern werden erhoben, um die Umwelt zu entlasten. Die Lenkungswirkung tritt alleine auf der Erhebungsseite der Steuern ein. Es ist daher unproblematisch, wenn die Steuern in den allgemeinen Staatshaushalt eingehen. Diese Variante ist sachlich richtig aber politisch nicht besonders attraktiv, weil Steuererhöhungen unpopulär sind.
- Unstrittig ist, dass der bisherige aus Ökosteuern finanzierte Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung beibehalten werden soll. Es ist allerdings zweifelhaft, ob die rot-grüne Koalition eine weitere Erhöhung des Bundeszuschusses nach 2003 beschließt. Nominell könnten die Ökosteuern auch verwendet werden, um die nächsten Entlastungsstufen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu finanzieren und Sozialtransfers zu erhöhen.
- Schließlich bleibt noch der Weg, die Ökosteuern zur Finanzierung des ökologischen Strukturwandels einzusetzen. Dies sichert mehr Zustimmung in der Bevölkerung, ist aber nur in Grenzen sinnvoll. Bei der oben vorgeschlagenen Finanzierung eines Programms für Wärmedämmung aus der Erhöhung der Heizöl- und Erdgassteuer ist ein sachlicher Zusammenhang gegeben. Es besteht zusätzlicher Finanzmittelbedarf und die Höhe der Einnahmen und Ausgaben können ohne allzu große Zahlenakrobatik zur Übereinstimmung gebracht werden. Wenn sich die Koalition von der strikten Aufkommensneutralität verabschieden will, wäre dies ein legitime Verknüpfung von Einnahmen und Ausgaben. In anderen Bereichen ist aber mehr Skepsis angebracht: Beispielsweise hat alleine die Ökosteuer-Stufe bei Mineralöl im Jahr 2001 die Steuereinnahmen um 2,8 Milliarden Euro erhöht. Wenn auf Dauer mit Hilfe der Mineralölsteuer der Verkehr reduziert werden soll, fallen zwangsläufig so hohe Einnahmen an, dass es volkswirtschaftlich unsinnig wäre, diese Einnahmen vollständig in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu stecken. Hier ist das Recycling der Einnahmen zur Senkung anderer Steuern oder Abgaben notwendig.

Eine gleichermaßen einfache wie wirtschaftlich, sozial und ökologisch optimale Lösung der Aufkommensverwendung ist nicht in Sicht. Deshalb sollten die Unterstützer der ökologischen Steuerreform die Frage der Aufkommensverwendung weitgehend den Parteien überlassen. Schließlich müssen diese für die Sozial- und Wirtschaftsverträglichkeit der Haushaltspolitik in der Gesamtheit gerade stehen und nicht lediglich für einen Teil davon.

Die sieben wichtigsten Schritte zur ökologischen Finanzreform

Die ökologische Steuerreform ist besser als ihr Ruf. Sie hat messbar zur Senkung der Emissionen des Straßenverkehrs und zur Stärkung des öffentlichen Personenverkehrs beigetragen. Sie ist berechenbar, überfordert niemanden und schafft bis zu 250.000 neue Arbeitsplätze. Die Chancen stehen gut, dass die ökologische Steuerreform im Rahmen eines differenzierten Instrumentenmix weitergeführt werden kann. Für diesen Instrumentenmix beginnt sich bereits die neue Wortschöpfung „ökologische Finanzreform“ einzubürgern. Darin ist dann auch der Abbau der für die Umwelt schädlichen Subventionen eingeschlossen, der in den obigen Überlegungen nicht thematisiert wurde. Mit einer neuen Bezeichnung werden sicherlich nicht alle Kommunikations- und Akzeptanzprobleme der ökologischen Steuerreform gelöst. Ohnehin können nur Expertinnen und Experten beurteilen, ob eine überzeugende Reform aus einem Guss umgesetzt wird. Das gilt für die ökologische Finanzreform genauso wie für die Einkommensteuerrefom.

Verantwortungsvolle Regierungspolitik bedeutet, das Gesamtkonzept im Blick zu haben und Teile davon auch gegen Widerstände durchzusetzen. Gleichzeitig sollten aber auch die Chancen genutzt werden, die grundsätzlich hohe Unterstützung der Bevölkerung für eine ambitionierte Umweltpolitik zur Begründung einzelner Reformschritte zu nutzen. 94 Prozent der Bevölkerung halten laut der repräsentativen Studie "Umweltbewusstsein in Deutschland 2002" eine Verringerung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen für

"sehr wichtig" oder "eher wichtig". Folgende sieben Schritte hin zur ökologischen Finanzreform sollten in der nächsten Wahlperiode angegangen werden:

1. Senkung des Flottenverbrauchs der PKW alternativ mittels Mineralölsteuer-Erhöhung oder Flottenverbrauchsregelung;
2. Stärkung der Bahn durch Senkung der Mehrwertsteuer und zielgerichteter Einsatz der Investitionsmittel für die Bestandsnetz-Modernisierung;
3. Aufstockung der Förderprogramme zur Wärmedämmung im Altbaubestand und gleichzeitige Erhöhung der Heizöl- und Erdgassteuer;
4. Einführung des europäischen CO2-Emissionshandels und Neuregelung der Ökosteuer-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe.
5. Beim Abbau der umweltschädlichen Subventionen sollten in die Prioritätenliste die großen Posten aufgenommen werden, über die auf nationaler Ebene entschieden werden kann:
6. Angleichung der Eigenheimzulage für Neubauten (z.Z. 2556 Euro pro Wohnung und Jahr) auf das Niveau der Altbauten (z.Z. 1276 Euro pro Wohnung und Jahr). Die jetzige Regelung begünstigt das Bauen auf der grünen Wiese.
7. Reduzierung der Anfang 2001 erhöhten Entfernungspauschale für Pendler. Dabei könnte für Bezieher geringer Einkommen und für Auszubildende ein Ausgleich geschaffen werden.
8. Weitere Reduzierung der Kohlesubventionen. Zur Zeit ist der sinkende Pfad der Steinkohlesubventionen bis zum Jahr 2005 festgelegt und wird bald für die Folgezeit verhandelt. Der Rat für nachhaltige Entwicklung hat gefordert, die Steinkohlesubventionen bis zum Jahr 2010 ganz auslaufen zu lassen, wobei den betroffenen Regionen Strukturanpassungsmaßnahmen angeboten werden müssen.

Die drei Schritte zum Subventionsabbau stoßen auf vermintes Gelände, denn Interessengruppen, denen Vorteile weggenommen werden, reagieren empfindlicher als die Mehrheit der Steuerzahler, die diese Subventionen finanzieren. Wer auf diesem Feld vorankommen will, muss Lösungen anbieten, bei denen nicht nur Vorhandenes weggenommen wird, sondern greifbare Vorteile entstehen, die den Wählerinnen und Wählern und der Umwelt gleichermaßen zugute kommen. Nicht zuletzt gilt für alle Akteure, dass Lösungsvorschläge erst dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn das Problembewusstsein bezüglich der ökologischen Fehlsteuerung unseres Steuer- und Abgabensystems ausgeprägter ist. Beispielsweise erleichtert es die jüngste Überschwemmungskatastrophe, die ökologischen Folgen des hohen Flächenverbrauchs (zur Zeit ca. 130 Hektar bzw. 177 Fußballfelder pro Tag) zu thematisieren. Vor diesem Hintergrund finden sogar Expertenthemen, wie eine ökologisch orientierte Reform der Grundsteuer, Aufmerksamkeit bei den politischen Entscheidungsträgern.

Obwohl das Ansehen der ökologischen Steuerreform in Deutschland unter den ständig wiederkehrenden Anti-Ökosteuer-Kampagnen der Opposition und der Boulevardpresse gelitten hat, ist die Reform noch lange nicht am Ende. Im Gegenteil: Gerade weil die notwendige dauerhafte Umweltentlastung erst im Laufe der Jahre eintreten wird, wäre es vollkommen falsch, schon nach den ersten Schritten wieder zu pausieren. In zehn Jahren werden sich die Deutschen wundern, warum sie sich einmal wegen 3 Cents Benzinpreiserhöhung so aufregen konnten. Ob dann die ökologische Steuerreform Geschichte ist oder ein nicht mehr weg zu denkender Teil des Steuersystems, wird sich in den laufenden Koalitionsverhandlungen entscheiden.

6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

Ist der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen ein Unrecht an kommenden Generationen?

Diese Frage stellte die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen in der Augustausgabe ihrer Zeitung „Generationen Gerechtigkeit“, Prof. Dr. Vittorio Hösle, Klaus Dosch, Dr. rer. pol. Stefan Bayer, Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker und Prof. Dr. Bernd Lucke.
Hier nun ihre Standpunkte dazu:

Dr. rer. pol. Stefan Bayer

(Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Tübingen, Abteilung Volkswirtschaftslehre, insb. Finanzwissenschaft und Umweltpolitik, Melanchthonstr. 30, 72074 Tübingen, Tel. + 49 7071 297 4912, Fax + 49 7071 29 5590, e-mail: mailto:stefan.bayer@uni-tuebingen.de)

Wenn heutige Generationen erschöpfbare Ressourcen verbrauchen, werden zukünftige Generationen von deren Nutzungsmöglichkeit ausgeschlossen (Opportunitätskosten des heutigen Verbrauchs). Daraus könnte man folgern, dass für heute lebende Generationen eine Verpflichtung besteht, erschöpfbare Ressourcen nicht abzubauen, um zukünftigen Generationen das volle Nutzungsspektrum offen zu halten. Allerdings verkennt diese Sichtweise, dass die Nicht-Nutzung erschöpfbarer Ressourcen ebenfalls Opportunitätskosten aufweist, nämlich in Form entgangener heutiger Erträge. Der ökonomische Abwägungsprozess führt dazu, dass diejenige Generation die Ressource nutzen soll, die aus ihrer Verwendung den größtmöglichen Nutzen zieht. Allerdings muß beim Verbrauch die Irreversibilität berücksichtigt werden: Möglicherweise wird der Wert einer Ressource für die zukünftigen Generationen unterschätzt (etwa Genressourcen zur Medikamentenentwicklung). Jedoch kann dieses Argument auch für den heutigen Verbrauch der Ressource sprechen, wenn zukünftige Generationen über ein vollkommenes Substitut verfügen. In diesem Fall wird der Ressource aus Sicht heute lebender Generationen ein zu geringer Wert beigemessen. Beide Szenarien sind möglich, weshalb sich weder für zukünftige Generationen das Recht zur uneingeschränkten Nutzung erschöpfbarer Ressourcen ableiten lässt noch heute lebende Generationen unbeschränkte Nutzungsrechte an ihnen besitzen.

Klaus Dosch,

(Aachener Stiftung Kathy Beys)

Für den derzeitigen ungehemmten Verbrauch nicht erneuerbarer und nicht rezyklierbarer Ressourcen wie Boden und fossile Energierohstoffe trifft dies sicher zu. Doch nicht das fehlende Unrechtsbewusstsein ist die wesentliche Ursache dafür. Die Spielregeln und Rahmenbedingungen unserer Ökonomie lassen gar nichts anderes zu.

Dem Gewinn, der aus dem heutigen Verbrauch einer Ressource erwächst, steht ein Verlust an Rohstoffvorrat und Natur gegenüber. Doch der wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht verbucht. Diese fehlende Gegenbuchung erzwingt geradezu die Bevorzugung des schnellen Verbrauchs von Ressourcen gegenüber der Bewahrung für kommende Generationen.

Soll dieses Unrecht gegenüber nachfolgenden Generationen eingedämmt werden, müssen diese Unzulänglichkeiten unseres Wirtschaftssystems marktkonform angepasst werden. Man sollte dabei im Auge behalten, dass die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft nicht sakrosankt sind. Schließlich sind es nicht die 10 Gebote, die dereinst vom Himmel gefallen sind.

Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB

Im Sinne der „starken Nachhaltigkeit“ dürfen eigentlich die nicht erneuerbaren Ressourcen nicht verbraucht werden. Das betrifft insbesondere die fossilen Rohstoffe, deren Verbrauch ja in der irreversiblen Verbrennung besteht. Es ist nur derzeit politisch vollkommen unrealistisch, diese „starke Nachhaltigkeit“ durchzusetzen. Daher verständigt man sich lieber auf die „schwache Nachhaltigkeit“. Da wird dann erlaubt, dass unsere Generation Technologien und Werte schafft, die die künftigen Generationen zur Verfügung haben und die ihnen möglich machen, mit einer der unseren äquivalenten Lebensqualität ohne die inzwischen verbrauchten Rohstoffe auszukommen.

Lange Zeit war die Entwicklung der Kernenergie das Lieblingsbeispiel dieser Rechtfertigungslehre. Inzwischen sieht man, dass die Kernenergie auch unfair gegen künftige Generationen ist, und so richtet sich der

Blick auf die Sonnenenergie. Fast noch wichtiger scheint mir aber die drastische Erhöhung der Energieproduktivität („Faktor vier"). Denn die führt uns sogar nahe an die „starke Nachhaltigkeit" heran.

Prof. Dr. Vittorio Hösle
(Concurrent Professor of Philosophy and of Political Science
Dept. Of German and Russian Languages
University of Notre Dame, Indiana, USA)

Aus dem Gebot der intergenerationellen Gerechtigkeit folgen bedingte Abwehr und Leistungsrechte zukünftiger Generationen. Da die Natur als ganze nicht ohne weiteres Privateigentum zu werden vermag, sondern Kollektiveigentum der ganzen Generationenfolge von Vernunftwesen ist, dürfen in einer gerechten Gesellschaft von den erneuerbaren Ressourcen nur die Zinsen, nicht der Kapitalstock aufgebraucht werden. Dies ist der Sinn des populär gewordenen Spruchs „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt": Das Eigentum an der Natur ist in Wahrheit nur ein (verderblicher Nießbrauch). Bei den nicht-erneuerbaren Ressourcen ist eine analoge Regelung undenkbar, und unsinnig wäre es zu behaupten, sie dürften um der kommenden Generationen willen gar nicht angetastet werden. Denn es wird – hoffentlich – stets zukünftige Generationen geben, so dass nie jemand in ihren Genuss gelangen würde. Damit fiele aber der Grund weg, sie zu schonen.

Prof. Dr. Bernd Lucke
(Direktor Institut für Wachstum und Konjunktur, Universität Hamburg)

Beantworten wir die Frage zunächst versuchsweise mit ja. Als ethisches Postulat folgt dann, dass *jede* Generation auf die Nutzung der Ressourcen verzichten müsste. Dies ist ineffizient, und diese Ineffizienz ist ungerecht, denn sie stellt eine ungerechtfertigte Benachteiligung *aller* Generationen dar.

Aus Effizienzüberlegungen folgt, dass die Ressource genutzt und verbraucht werden sollte. Unter dem Gerechtigkeitsaspekt aber ist zu entscheiden, wie der Verbrauch „gerecht" auf unendlich viele Generationen zu verteilen ist. Eine Gleichverteilung einer beschränkten Größe auf unendlich viele Generationen ist offenbar nicht möglich, also muss Nutzung und Verbrauch ungleichmäßig verteilt werden. Wo bleibt dann die Gerechtigkeit?

Der Antwort auf diese Frage erhält man, wenn man nicht fordert, dass der *Verbrauch* der Ressource „gerecht" auf alle Generationen zu verteilen sei, sondern ihr *Wert*. Der Wert der Ressource entspricht dem Gewinn aus der Fördertätigkeit, also der Zahlung der Nutzer abzüglich der Förderkosten.

Dieser Wert ist gerecht auf alle Generationen zu verteilen – und dies ist im Prinzip einfach: Man gründet eine Stiftung, deren Stiftungskapital dem Wert der Ressource entspricht. Das Kapital wird in verzinsliche Wertpapiere investiert und jede Generation ist berechtigt, deren (inflationsbereinigte) Kapitalerträge zu verbrauchen.

Ein ähnliches Verfahren wird z. B. bei der Ölförderung in Norwegen oder in Kuwait angewandt. Der Staat schöpft Ölgewinne der fördernden Unternehmen durch Steuern und Lizenzabgaben ab und investiert in Wertpapierfonds. Dadurch wird eine unverzinsliche Vermögensgröße in eine verzinsliche umgewandelt. Es ist effizient, dies ohne Verzug zu tun, denn andernfalls verzichtet man für die jetzige Generation auf mögliche Kapitalerträge. Damit liegt die Antwort für die obige Frage auf der Hand: Der sofortige und möglicherweise vollständige Verbrauch einer erschöpfbaren Ressource durch die jetzige Generation ist intergenerationell gerecht, sofern der *Wert* der Ressource für alle Generationen nutzbar gemacht wird.

Hyperautos: Vom Nordkap bis Sizilien mit einer Tankfüllung

Das Auto ist der Deutschen und der Amerikaner liebstes Kind, heißt es. Und es ist der Umweltschützer liebste Zielscheibe. Nach der Waldsterbens- und Katalysatordiskussion der achtziger Jahre geht es jetzt, im Zeichen **des Klimaschutzes, um die Senkung des Treibstoffverbrauchs.**

Mit viel Trara wurde in Deutschland das 5-L-Auto angekündigt. Ähnlich „mutig" äußerten sich die amerikanischen Autohersteller. Diese Ankündigung ist alles andere als mutig. Wir reden hier vom 1,5-L-Auto. Dieses ist um den Faktor 6 besser als die Wagen der heutigen Flotte. Der Faktor 6 ist erreichbar.

Mitte 1991 mischte sich das RMI mit einer ganz neuen Idee ein (Lovins u. Lovins, 1995): Warum nicht das Auto von Grund auf neu entwerfen? Warum nicht von den Rädern aufwärts ein völlig neues Design und alles

radikal einfacher machen? Autos waren mit der Zeit unglaublich barock geworden: Eine Neuerung kam zur anderen, um Probleme zu lösen, die man durch besseres Design von vornherein hätte vermeiden können.
Man hatte fast den Eindruck, die heutigen Autos seien gar nicht mit der Absicht gebaut, die Personen effizient fortzubewegen. 80-85% der im Treibstoff enthaltenen Energie ist bereits vergeudet, bevor sie überhaupt die Räder erreicht. Und alles in allem wird nur 1 % der eingesetzten Energie für die Fortbewegung der Insassen aufgewendet. Wie kommt das? Zunächst liegt es an dem viel zu großen Gewicht. Autos werden hauptsächlich aus Stahl hergestellt. Um diese zu beschleunigen und fortzubewegen, braucht man einen sehr leistungsstarken - und ebenfalls sehr schweren - Motor. Der Motor läuft dann die meiste Zeit weit unterhalb der Grenze seiner Leistungsfähigkeit und dort weit entfernt von seinem Effizienzoptimum. Die Antwort der Industrie hierauf waren enorme Anstrengungen, um die Motorleistung und Kraftübertragung effizienter zu gestalten. In dieser Richtung wurden zwar große Fortschritte gemacht, aber die Einsparungen blieben im Verhältnis zum Aufwand kläglich, weil sie **das Grundübel, das überhöhte Gewicht, gar nicht berühren.**
Die Gewichtsverringerung ist von zentraler Bedeutung. Ultraleichte, aber extrem unfallsichere neue Verbundwerkstoffe könnten Autos drei bis viermal leichter machen. Ein normaler 4 - 5-Sitzer braucht nur 400 kg zu wiegen. Auch beim Luftwiderstand lässt sich noch einiges machen, vielleicht ein Faktor 2,5. Bessere Reifen, auf die weniger Gewicht drückt, könnten die Reibungsverluste um das Drei- bis Fünffache reduzieren. Kurzum: Autos würden weniger wie Panzer und mehr wie Flugzeuge entworfen.
Ein weiterer Effizienzgewinn kommt aus der Nutzung der Bremsenergie. Man kann die Bremsenergie elektrisch speichern und zu einem späteren Zeitpunkt wieder abrufen. Diese Idee führt zum Hybridantrieb. Er kombiniert einen Verbrennungsmotor mit einem Elektromotor. Letzterer kann bis zu 70% der Bremsenergie aufnehmen und bei Steigungen oder beim Beschleunigen wieder abgeben. So können noch einmal insgesamt etwa 30-50% Effizienz gewonnen werden. Dass man nicht ganz auf einen Elektromotor setzt, liegt daran, dass Energie in Form von Kraftstoff wesentlich effizienter zu transportieren ist als in Form von Batterien, die weniger als 1 % nützliche Energie pro Kilo ihres Gewichts enthalten.
Beim RMI wurde bei der Analyse von Fahrzeugen, die nach dem neuesten Stand der Technik gebaut waren, festgestellt, dass man mit einer kunstvollen Kombination der Ultraleicht- und der Hybridstrategie die Gesamteffizienz nicht bloß um das Zwei- bis Dreifache, sondern um das circa Fünffache steigern könnte - als habe man eine Gleichung gefunden, die lautet: 2 + 1 = 5. Der Grund dafür liegt in Synergien:
• Bei Gewichtseinsparungen gibt es eine Kettenreaktion. Je leichter das Auto wird, desto überflüssiger (nicht bloß kleiner) werden bestimmte Teile;
• wenn die Ultraleichtbauweise die Energieverluste durch Luft- und Straßenreibung stark vermindert, wird Antriebskraft hauptsächlich beim Bremsen verschwendet, und dieser Verlust vermindert sich aufgrund der elektrischen Rückgewinnung nochmals; und
Wenn also ein solches Fahrzeug mit einem Hybridantrieb anstelle eines normalen Motors ausgerüstet würde, stiege seine Effizienz nicht zwei- bis dreifach, sondern vier- bis sechsfach auf ungefähr 1,2 - 2,11/100 km. Und das, schon bevor weitere Optimierungsversuche unternommen wurden. RMI Forscher fanden bald Mittel und Wege, ein attraktives Familienauto auf bis zu 0,4 - 1,6 1/100 km zu verbessern, und dieses Auto ist so viel einfacher konstruiert, dass es erheblich leichter und billiger hergestellt werden kann als herkömmliche Fahrzeuge aus Stahl, die einen aufwendigen Produktionsprozess mit Stanzen, Schweißen und Lackieren durchlaufen.
Die heutigen Autos sind herrlich kompliziert und hochgezüchtet - sie krönen das Stahlzeitalter. Aber viele Experten glauben, dass sie von einer Welle der Innovationen hinweggespült werden, die den größten Umbruch der Industriestruktur seit Erfindung des Mikrochips zur Folge haben könnte. Die Folgen könnten dramatisch sein, im Guten wie im Schlechten. Der Ozonalarm in den Ballungsgebieten verschwände. Gleichzeitig könnte die Zahl der Autos bis zur Unerträglichkeit zunehmen. In der Stahlindustrie würden Zehntausende weitere Arbeitsplätze verloren gehen, andere entstünden in der chemischen Industrie. Die Autoreparaturbetriebe müssten ganz neue Leistungsprofile entwickeln. Die Nachfrage nach Öl könnte stark absacken und in deren Folge der Weltmarktpreis für Öl.

Das Hauptmotiv ist dabei nicht etwa die Ökologie, sondern das Verlangen nach höchster Qualität. Das ist derselbe Grund, aus dem man heute keine Vinyl-Langspielplatten mehr kauft, sondern CDs (Armory Lovins, Generationen Gerechtigkeit, Ausgabe August 2002, S.6/7).

Chemieriese blockiert Emissionshandel in Europa

Die BASF ist zum Klimasünder des Monats September ernannt worden. Seit August 2002 zeichnet GERMANWATCH mit diesem Titel Unternehmen, Länder oder Einzelpersonen aus, die den Klimaschutz in Europa maßgeblich blockieren.

> *"Die BASF hat den Widerstand der deutschen Industrie gegen den europaweiten Emissionshandel fast im Alleingang organisiert,"*

begründet Christoph Bals, Leiter der Klimaschutz-Abteilung bei GERMANWATCH, die Wahl des Chemieriesen.

> *"Der Emissionshandel ist ein grundlegendes Instrument, um die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen wie sie im Kyotoprotokoll festgehalten sind." so Bals weiter. "Ohne ein europaweites Emissionshandelsregime wird es Europa schwer haben, seine Ziele umzusetzen. Wenn statt des Emissionshandels die jetzige Selbstverpflichtung der Branche zum Klimaschutz in Kraft bleibt, werden dadurch weiterhin Trittbrettfahrer belohnt und nicht die Vorreiter im Klimaschutz."*

Nach Angaben von GERMANWATCH hat die BASF bis zu ihrem Austritt Anfang des Jahres monatelang die Arbeit der deutschen Arbeitsgemeinschaft Emissionshandel blockiert. Der Konzern habe den Verband der Chemischen Industrie (VCI) gegen den Protest anderer Chemieunternehmen als Instrument gegen den Emissionshandel eingesetzt. Ebenso habe der Multi den Widerstand gegen den Emissionshandel im BDI organisiert. Durch persönliche Vorsprache im Wirtschaftsministerium, im Kanzleramt wie auch in Brüssel habe die BASF systematisch versucht, die Klimaschutzpolitik hinsichtlich des Emissionshandels negativ zu beeinflussen. So stünde dieses Auftreten im Widerspruch zu den positiven Ansätzen, die die BASF in Teilen der Produktentwicklung sowie in der Nachhaltigkeitsberichterstattung zeige.

Im Dow Jones Sustainability Index rangiert die BASF derzeit als Nachhaltigkeits-Leader. Beim Klimaschutz jedoch versuche der Konzern, so GERMANWATCH, rechtlich verbindliche Reduktionsziele für die großen CO2-Erzeuger abzublocken. *"'Zeit zu handeln'. Damit hat sich die BASF im Vorfeld des Gipfels für nachhaltige Entwicklung in Großanzeigen beworben. Gleichzeitig hat sie gehandelt - gegen eine notwendige Rahmensetzung für den Klimaschutz in Europa"*, resümiert Bals das Ergebnis seiner Beobachtungen (Pressemitteilung von Germanwatch vom 11.09.2002).

Für weitere Informationen und Interviewtermine wenden Sie sich bitte an:
Christiane Lellig, GERMANWATCH Büro Berlin, Tel. 030-28 88 35 65 oder mailto:presse@germanwatch.org

Klimaschutzziel bleibt erreichbar - Emissionen im ersten Halbjahr 2002 weiter rückläufig

Zu einem Bericht in der heutigen Ausgabe der "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" (FAS) erklärt der Sprecher des Bundesumweltministeriums, Michael Schrören:

> *Das deutsche Klimaschutzziel, die Kohlendioxidemissionen bis 2005 um ein Viertel im Vergleich zu 1990 zu senken, ist weiterhin erreichbar. Dazu bedarf es der konsequenten Umsetzung der Maßnahmen, die im anspruchsvollen Klimaschutzprogramm der Bundesregierung vom 18.10.2000 beschlossen wurden. Dies geschieht derzeit. Wir kommen mit der Umsetzung des Klimaschutzprogramms gut voran. Dies zeigt sich auch daran, dass die Bundesregierung von ihrer (im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingegangenen) völkerrechtlichen Verpflichtung, den Ausstoß der Treibhausgasemissionen bis 2012 um 21% gegenüber 1990 zu verringern, bereits mehr als 19 % erfüllt hat (1998 waren erst 15,5 Prozent erreicht!)*

Die von der FAS als *"neu"* bezeichneten Zahlen über einen leichten Anstieg des CO_2-Ausstosses in den beiden zurückliegenden Jahren sind seit Februar 2001 und Februar 2002 bekannt und veröffentlicht - für jedermann nachzulesen in den entsprechenden Wochenberichten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Auch den emsigen Rechercheuren der FAS hätte dies mit etwas mehr Sorgfalt und etwas weniger Wahlkampflaune nicht verborgen bleiben können, statt sich auf einen Jahresbericht des UBA zu berufen, dessen Veröffentlichung mit diesen alten Zahlen nichts zu tun hat.

Fakt ist: Die DIW-Zahlen für 2000 und 2001 markieren keineswegs eine Trendwende, sondern zeigen lediglich bekannte Schwankungen in der ansonsten stetig nach unten weisenden Kurve der CO_2-Emissionen in Deutschland. Dies wird im Übrigen durch jüngste Zahlen unterstrichen: Im ersten Halbjahr 2002 ging der Primärenergieverbrauch um 3 % zurück, die CO_2-Emissionen sanken um 2,5%. Hält dieser Trend in der zweiten Jahreshälfte an, wird sich die CO_2-Minderungsbilanz (2000: minus 15,4%) entsprechend weiter verbessern (Pressedienst BMU Nr. 222/02 Berlin, 8. September 2002).

Kohlendioxid-Emission in Deutschland kann bis 2050 um 80 % vermindert werden

Die Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid können in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 vermindert werden. Das ist das Ergebnis einer Studie, die Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt vorgestellt haben.

> *"Um dieses Ziel zu erreichen müssen die erneuerbaren Energien konsequent weiter ausgebaut und insgesamt die Energie zukünftig effizienter genutzt werden. Vor allem aber: Dieses Ziel ist ohne Atomkraft erreichbar",*

sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin.
Im Auftrag von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt hat das Wuppertal Institut gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Stuttgart, Langfristszenarien für eine nachhaltige Energienutzung in Deutschland untersucht. Das entwickelte Nachhaltigkeits-Szenario bis 2050 stellt eine umfassende Grundlage für die Energiezukunft Deutschlands dar, die sowohl ökologischen als auch ökonomischen Kriterien gleichermaßen gerecht wird. Die Studie untermauert die anspruchsvollen Ziele der Energiewende für Deutschland, wie sie bereits in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formuliert sind. Danach sollen zunächst der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis zum Jahr 2010 auf 12,5 Prozent verdoppelt und ihr Anteil am gesamten Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 mindestens die Hälfte betragen.

> *"Die Quintessenz der Studie ist: Wir können in Deutschland Energie dauerhaft umweltgerecht nutzen und damit auch das Klima schützen. Es ist richtig und wichtig, den Anteil erneuerbarer Energien weiter zu steigern. Wir müssen aber auch beim Energiesparen und der effizienten Energienutzung mehr tun",*

betonte der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge. Die Studie fordert, dass der bevorstehende Ersatz veralteter Kraftwerke gezielt sowohl für die Erneuerbaren Energien als auch für eine deutliche Steigerung der Effizienz in der Energieumwandlung genutzt werden müsse.

> *"Die gekoppelte Strom- und Wärmeerzeugung muss verstärkt zum Einsatz kommen, künftig auch in hocheffizienten Brennstoffzellen. Genau so wichtig ist es, mit der Energieeinsparung, insbesondere mit der Stromeinsparung, einen zusätzlichen und gleichrangigen Schwerpunkt in der Energiepolitik dauerhaft zu etablieren",*

sagte Trittin.
Die Studie *"Langfristszenarien für eine nachhaltige Energienutzung in Deutschland"* ist in der UBA-Reihe *"Climate Change"* in einer Langfassung (Nr. 01/02) und einer Kurzfassung (Nr. 02/02) erschienen. Eine Zusammenfassung ist auf den Internetseiten des Umweltbundesamtes (http://www.umweltbundesamt.de) sowie des Bundesumweltministeriums (http://www.bmu.de) zu finden (BMU-Pressedienst Nr. 233/02, Berlin, 16. September 2002).

Haarscharf einer Katastrophe durch die Zerstörung der Ozonschicht entgangen

Die Folgen des jahrzehntelangen Ausstoßes von Ozonkillern - etwa in Form einer erhöhten Hautkrebsrate - werden aber frühestens in etwa 100 Jahren überwunden sein», sagte Dr. Hans-Jochen Luhmann vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in einem dpa-Gespräch. Die Vereinten Nationen haben Montag, den 16. September zum *"Tag zum Schutz der Ozonschicht"* ausgerufen.
Eine weltweite Schädigung der Ozonschicht im Ausmaß des antarktischen Ozonlochs sei zwar abgewendet worden, sagte Luhmann. Ihre vollständige Erholung in den nächsten 50 Jahren sei aber keineswegs sicher. "Ob und wann wir zum Ausgangszustand der Ozonschicht zurückkommen, hängt vom Erfolg der Klimapolitik ab." Dazu müssten in Deutschland die Treibhausgas-Emissionen um 80 Prozent bis zum Jahr 2050 ge-

senkt werden, wie von der Enquete-Kommission des Bundestages empfohlen. Der Treibhauseffekt verstärke die ozonzerstörende Wirkung des Chlors in der oberen Atmosphäre.

Dem Ozonloch-Entdecker Joe Farman vom britischen Antarktis- Forschungsinstitut zufolge könne die erhöhte UV-Strahlung etwa bis zum Jahr 2050 auf das Niveau der 70er Jahre sinken, erklärte Luhmann. Zeitverzögert sei mit einer Erhöhung der Hautkrebsrate zu rechnen, die um 30 bis 40 Jahre versetzt ansteige und erst bis 2100 wieder abflache. Die Ozonschicht schützt Lebewesen auf der Erde vor der energiereichen ultravioletten (UV) Strahlung der Sonne (Spiegel online, 15.09.2002).

Wissenschaft und Politik nachhaltiger gestalten!

Gemeinsame Erklärung des Max-Planck-Instituts für Meteorologie Hamburg, des Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie anlässlich des Internationalen Tags zum Schutz der Ozonschicht:

Am 16. September ist der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ausgerufene *"Internationale Tag zum Schutz der Ozonschicht"* (International Day for the Preservation of the Ozone Layer). In diesem Jahr fällt er in die Zeit nach dem so genannten "Jahrhunderthochwasser" in Mitteleuropa sowie dem Abschluss des "Umweltgipfels" in Johannesburg. Aus diesem Anlass wenden wir uns gemeinsam an die deutsche Öffentlichkeit. "Wir", das sind die Institute für die Erforschung des Klimas (MPI Hamburg), der Folgen des Klimawandels (PIK Potsdam) sowie der Optionen zur Vermeidung bzw. Anpassung (Wuppertal Institut) – wir decken gemeinsam das Spektrum der anstehenden wissenschaftlichen Herausforderungen ab. Wir wollen mit unserem gemeinsamen Auftritt zwei Punkte besonders betonen:

1. Das Ziel nachhaltige Entwicklung erfordert zugleich eine *"Politik des langen Atems"* und entschlossenes vorsorgendes Handeln.

2. Auch die Wissenschaft selbst muss Konsequenzen ziehen: ihre Inhalte und die Formen der Wissenschaftskommunikation sollten eine Politik der Nachhaltigkeit noch intensiver unterstützen.

Unser Anliegen ist darüber hinaus, die Öffentlichkeit an die Lehren zu erinnern, die aus der Politik zum Schutz der Ozonschicht, aus den Wetterextremen und aus dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg zu ziehen sind.

Die Ozonschicht ist Bedingung allen organischen Lebens auf der festen Erde. Sie ist Schutzhülle des Lebens, sie schützt vor schädlicher UV-Strahlung. Die Bedrohung dieser Hülle durch die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) wurde in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts entdeckt. Die damaligen Prognosen lauteten auf einen erwartbaren Abbau der Ozonschicht um einige Prozent. Gemessen wurde jedoch im Jahre 1985 ein teilweiser Abbau um bis zu 40 Prozent im Frühjahr über der Antarktis. Offenbart wurde damit eine große Differenz zwischen Erwartung und Realität. Die Lehre lautet: Nichtlineare Effekte und komplexe Wechselwirkungen können in der Natur zu Effekten führen, die um ein Vielfaches oberhalb dessen liegen, was *"erwartet"* werden konnte. Diese Lehre sollte die Öffentlichkeit bei den wissenschaftlich kommunizierten Projektionen in anderen Umweltbereichen, insbesondere im Klimafall, vor Augen haben. Für die Politik begründen diese Überraschungen einen Imperativ für Vorsorgepolitik, auch wenn die *"erwartete"* Eintrittswahrscheinlichkeit als gering aber der mögliche Schadensumfang als sehr hoch eingeschätzt wird.

Der regionale Abbau der Ozonschicht im antarktischen Frühjahr ist inzwischen zeitweise auf 100 Prozent geklettert, über der Nordhalbkugel werden temporär, wenn auch in viel kleineren 'Löchern', vergleichbare Werte erreicht. Mehr Aufmerksamkeit muss deshalb gegenwärtig auch dem Thema *"Anpassung"* und - soweit wie möglich - dem Schutz vor Schäden gewidmet werden.

Die wichtigste Lehre aus der Ozonproblematik ist jedoch das Ausmaß der Zeitverzögerung zwischen Verstehen, Handeln und Schadenswirkungen. Nachdem erst in den 90er Jahren ein Verbot der FCKW fast weltweit umgesetzt worden war, wird die Verdünnung der Ozonschicht und damit die Verstärkung der UV-Einstrahlung noch viele Jahre anhalten. Erst in etwa 50 Jahren wird schließlich das Maximum bei der Zunahme von Hautkrebs erreicht.

Ähnliche Lehren können aus den Hochwasserkatastrophen gezogen werden. Ein zentrales Problem ist der gezielte Wissenstransfer:

Die Schwachstellen des Hochwasserschutzes im Elbesystem waren bekannt – sie sind u.a. im Rahmen des BMBF-Projekts "Ökologie der Elbe" erforscht worden. Besondere Schäden traten an den Elbabschnitten auf, die sich in diesem Forschungsprojekt als besonders labil erwiesen haben. Hier liegt offensichtlich ein Defizit an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, wissenschaftlicher Politikberatung und Gebietskörperschaften vor. Die bundesweit flächendeckende Erstellung von Gefährdungsanalysen und Indikatoren für die Raumplanung auf der Gemeindeebene nach einheitlichen Vorgaben (DKKV) sind dringend erforderlich! Noch einmal zehn Jahre dürfen wir uns nicht genehmigen.

Wichtig ist, die Wetterextreme in Deutschland in weltweiter Relation zu sehen. Jährlich werden 200.000 Menschen Opfer von Flut oder anderen wetterbedingten Katastrophen. Betroffen sind jährlich 200 Millionen Menschen sieben Mal mehr als bei kriegerischen Ereignissen. Die Schadenssummen, nur auf das materielle Eigentum begrenzt, werden auf jährlich 50 bis 100 Mrd. US $ geschätzt. Die globale öffentliche Entwicklungshilfe beläuft sich derzeit auf rund 50 Mrd. US $. Der Umfang der Entwicklungshilfe reicht also nicht einmal aus, um den Schaden *"wieder gut zu machen",* der insbesondere auch von den Industrieländern mit verursacht wurde. Auch die Frage nach finanzierbaren Anpassungstechnologien und des Know-how-Transfers bei Katastrophenschutz muss bei der Entwicklungszusammenarbeit mitgedacht und mitgeplant wird. Auch dabei wird die wissenschaftliche Analyse von Klimawirkungen und denkbaren Schutzmaßnahmen (Anpassung) immer wichtiger. Nicht zuletzt ergeben sich hieraus zusätzliche Argumente für eine Politik, die ihre Prioritäten darauf setzt, möglichst viele Schäden noch zu vermeiden.

Ozonproblematik, Wetterextreme (z.B. Hochwasser) und die Ergebnisse von Johannesburg verweisen auf die Dringlichkeit, auch in Deutschland eine entschlossene Nachhaltigkeitsstrategie parteiübergreifend umzusetzen sowie die Klimaschutzaktivitäten zu verstärken. Eine neue Bundesregierung sollte dabei mehr Gewicht auf eine leistungsorientierte Nachhaltigkeitsforschung legen. Wir können wesentliche gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Folgen vergangener und gegenwärtiger Natureingriffe nicht mehr rückgängig machen. Aber wir können noch größere Schäden durch entschiedenes Handeln heute vermeiden. Das verlangt eine interdisziplinär arbeitende Wissenschaftslandschaft und einen intensivierten Dialog in Hinblick auf die Langfristplanungen der Politik (Pressemitteilung Wuppertal Institut, 13.09.2002).

Energiesparen: Wo Bargeld lacht - Ein BMU-Wegweiser führt durchs Förder-Dickicht

Eine Informationsbroschüre über Förderprogramme für Energiesparmassnahmen und erneuerbare Energien hat das Bundesumweltministerium in Zusammenarbeit mit dem BINE Informationsdienst herausgegeben. Rund 400 Förderprogramme der Europäischen Union, von Bund, Ländern, Kommunen und Energieversorgern werden vorgestellt.

> *"Unser Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern einen schnellen Überblick zu bieten, welche Fördermittel es gibt und wo diese beantragt werden können",*

so Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

Klimaschutz ist nicht nur Sache der Regierung. Auch Wirtschaft, Verkehr und private Haushalte können einen entscheidenden Beitrag leisten. Und davon noch profitieren: Durch verbesserte Wärmedämmung und energiesparende Geräte lässt sich bares Geld sparen. Oft werden die Energieeinsparpotenziale mit der Begründung, sie seien zu teuer, nicht ausgenutzt; obwohl von verschiedensten Institutionen Milliarden Euro dafür bereitgestellt werden.

Die neue Broschüre *"Geld vom Staat fürs Energiesparen"* bringt Licht in den Förderdschungel. Sie basiert auf der Datenbank FISKUS des Informationsdienstes BINE (Buergerinformation Neue Energien). Fördermaßnahmen der Europäischen Union und des Bundes werden ausführlich erläutert. Bei den Programmen von Ländern, Kommunen und Energieversorgern werden die jeweils angebotenen Programme und die Förderinstitutionen aufgeführt. Eine Förder-Hotline des BINE Informationsdienst bietet Privatpersonen unter der Telefonnummer 0228-9237914 kostenfrei umfassende Informationen bei Fragen zu Fördermöglichkeiten.

Die Broschüre des BMU *"Geld vom Staat fürs Energiesparen"* kann im Internet unter http://www.bmu.de als Datei heruntergeladen, per Fax unter 01888-305-2044 oder per E-Mail unter mailto:service@bmu.bund.de bestellt werden.

Die komplette Datenbank FISKUS des BINE Informationsdienstes auf CD-ROM kann für 60,23 Euro inkl. Versand bestellt werden beim BINE Informationsdienst, Mechenstrasse 57, 53129 Bonn, Tel. 0228-923 79-0, Internet: http://www.bine.info .

Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen

Der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Rainer Baake, sieht durch die Beschlüsse auf dem Weltgipfel in Johannesburg den Kurs der Bundesregierung bestätigt, den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv voranzubringen. Bei der Eröffnung des 13. Internationalen Sonnenforums in Berlin betonte Baake, dass Deutschland zu seinem in Johannesburg vertretenen Ziel stehe, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2010 um mindestens 2 Prozentpunkte zu erhöhen. Rainer Baake:

> *"Der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt nicht nur dem Klima zugute, sondern dient auch der Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze. Das haben wir mit der von Rot-Grün eingeleiteten Energiewende eindrucksvoll bewiesen. Wie wichtig vorsorgender Klimaschutz ist, ökologisch und ökonomisch, hat uns die Hochwasserkatastrophe drastisch vor Augen geführt."*

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien bei der Primärenergie von 2,1 Prozent im Jahr 2000 auf 4,2 Prozent 2010 zu verdoppeln. Bei der Stromproduktion soll der Anteil von 6,25 Prozent (2000) auf 12,5 Prozent (2010) erhöht werden.

Nach aktuellen Berechnungen des Bundesumweltministeriums haben die erneuerbaren Energien in Deutschland im vergangenen Jahr bereits rund 44 Millionen Tonnen CO_2 eingespart. Die Bedeutung für den Klimaschutz lässt sich an folgender Rechnung demonstrieren: Im Durchschnitt werden in Deutschland derzeit jährlich pro Person rund 10 Tonnen des Klimagases CO_2 freigesetzt. Erneuerbare Energien haben damit im Jahr 2001 mehr CO_2 eingespart, als die Bewohner Berlins in einem Jahr verursachen.

Gleichzeitig kurbelt der Einsatz der erneuerbaren Energien die Wirtschaft an: Um 20 Prozent ist der Gesamtumsatz dieser Branche allein von 2000 auf 2001 gewachsen, und zwar auf rund 8,2 Mrd. Euro. Die einzelnen Sparten haben dabei folgende Anteile (gerundet): Windenergie: 3,3 Mrd. Euro (40%), Biomasse 2,4 Mrd. Euro (29 %), Wasserkraft und Solarenergie je 1,2 Mrd. Euro (jeweils 14,5 %) und Geothermie 0,15 Mrd. Euro (2 %).

Auch die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien ist deutlich gestiegen. Derzeit sind etwa 130.000 Menschen in diesem zukunftsträchtigen Wirtschaftszweig beschäftigt. Diese Zahl umfasst direkte und indirekte Arbeitsplätze, d.h. einschließlich vorgelagerter Produktionsketten, Planung, Wartung etc. Allein im Bereich der Windkraft gibt es rund 40.000 Arbeitsplätze, im Bereich der Biomasse ca. 50.000 und bei der Solarenergie (Strom und Wärme) rund 18.000.

Staatssekretär Rainer Baake:

> *"Neben der energetischen Nutzung von Windkraft, Wasserkraft und Biomasse muss es gelingen, auch die direkte Nutzung der Sonnenenergie kräftig voranzubringen -- weiterhin mit zweistelligen jährlichen Zuwachsraten".*

(BMU Pressedienst Nr. 217/02, Berlin, 4. September 2002).

7. BUCHBESPRECHUNG: „NO LOGO“

„No Logo!“ – Eine Rezension von Andreas Sauter

Naomi Klein: „No Logo!“, Riemann Verlag, 2001

Die Buchautorin:

Der 31-jährigen freischaffenden Redakteurin gelang mit ihrem ersten Buch, für das sie 4 Jahre recherchierte, ein internationaler Verkaufserfolg.

Kommentar:

Naomi Klein muss wohl einen Nerv der Zeit getroffen haben. Denn sonst verkaufen sich politische Bücher mit Ausnahmen diverser Biographien ja nicht gerade als Mega-Seller.

Das Buch gliedert sich in vier Teile:

„No Space" untersucht die Kapitulation öffentlicher Kultur gegenüber privatwirtschaftlichem Marketing.

„No Choice" beschreibt die Tendenz, dass durch Fusionen und die Nutzung von Synergieeffekten die Auswahlmöglichkeiten der Individuen zunehmend eingeschränkt werden.

„No Jobs" berichtet über die Tendenz zu unsicheren Arbeitsplätzen, sowohl in der Dienstleistung der ersten als auch in der Produktion der dritten Welt.

„No Logo" behandelt den sich formierenden Widerstand gegen den in den ersten drei Kapiteln beschriebenen Angriff auf den öffentlichen Raum, auf die Bürgerrechte und auf die Beschäftigungsverhältnisse.

Dass Werbung immer mehr Raum einnimmt – na gut. Wenn im Interessenkonflikt zwischen redaktionellen und Werbeinteressen die Geldgeber immer dominanter werden – schon bedenklicher. Aber was ich wirklich erschreckend finde: Wenn sich Schulen und Universitäten vereinnahmen lassen. Es ist ein Armutszeugnis unserer Gesellschaft, nicht mehr genügend Mittel für unabhängige Bildung bereit zu stellen. Richtig schlimm wird es, wenn der geldgebende Konzern die Veröffentlichung einer medizinischen Studie untersagen kann, die bedenkliche Folgeschäden eines Pharmazeutikums belegt. Sage keiner, so etwas würde nur an der University of Toronto passieren. Wie ernst ist eine Uni-Studie über den Donau-Ausbau zu nehmen, die von den Befürwortern finanziert wird?

Clustering, Preiskriege und Superstores: die Monopolisierungsstrategien aggressiver Expansion lassen jeden Freund des freien Markts und des Wettbewerbs erschaudern. Eine Tendenz hin zu weniger Auswahl, weniger Freiheit und weniger Interaktivität wäre in der Tat volkswirtschaftlich problematisch. Statt die Wettbewerbshüter auf den Plan zu rufen, verschärfte die Politik diese Entwicklung noch: In den USA begann die Reagan-Administration Anfang der achtziger Jahre die bis dahin geltenden Anti-Trust-Gesetze zu demontieren und gleichzeitig Urheberrechte zu verschärfen. Und wie war das in Deutschland vor kurzem mit der Ruhrgas?

Gut - ich gebe es zu: Auch ich habe spezielle Sportschuhe für Jogging und Indoor-Aktivitäten. Wenn ich aber über die Arbeitsbedingungen der Arbeiter in so genannten Freihandels- oder Exportproduktionszonen (EPZ) lese, wo solche hergestellt werden, wird mir – mit Verlaub – schlecht. Ob in Cavite (Philippinen) oder anderswo: ich kann nicht akzeptieren, wie Menschen dort arbeiten. Regulär 14 Stunden jeden Tag, Löhne unter Existenzminimum, militärische Aufsicht, nur zweimal am Tag aufs Klo gehen dürfen, keine Gewerkschaften, kein Arbeitsrecht, Zwang zu Überstunden, ... Aber damit nicht genug: Arbeitern auf Honduras wurden Amphetamine gespritzt, damit sie eine 48h-Schicht durchhalten, Verabreichung der Pille in El Salvador, um keine Sozialkosten zu haben, Ermordung eines Arbeiters und seines Anwalts in Sri Lanka, der sich über eine defekte Maschine beschwerte, in der ein Kollege einen Finger verlor oder eine junge Arbeiterin, die an Überarbeitung starb.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich bin der letzte, der sich prinzipiell gegen Prinzipien der Arbeitsteilung wendet. Oder der die Illusion hat, die Arbeiter der Textilbranche in der dritten Welt könnten innerhalb kürzester Zeit am Markt einen Lohn erzielen, der eine Art Mittelstand westlicher Prägung dort entstehen ließe. Nur finde ich es nicht akzeptabel, wenn quasi im rechtsfreien Raum unter Ausschaltung elementarer Menschenrechte produziert wird.

Das Kapitel über die Gegenbewegungen mag korrekt recherchiert sein. Aber ich sehe in den beschriebenen Projekten wie Culture Jamming oder Reclaim The Streets keine Perspektive, sondern eher Protest. Ob Strategien wie „Markenbumerang" oder „lokale Außenpolitik" einen Durchbruch bringen, erscheint mir ebenfalls fraglich. Es entsteht dadurch eher ein willkürlicher Ausweichmechanismus, wobei fraglich ist, inwieweit er langfristig zu einem wirklichen Fortschritt führt.

Die Schieflagen ergeben sich meines Erachtens, weil die Politik noch nicht international genug operiert und es noch nicht geschafft hat, verbindliche Standards bei Bürgerrechten und Arbeitsrecht zu schaffen. Salopp formuliert: Die Wirtschaft ist schon globaler als die Politik. Dies ist nicht den Unternehmen vorzuwerfen, die unter dem vorgegebenen Rahmen ihre Geschäftsprozesse optimieren. Dass rechtsfreie Räume allerdings bis

zum Exzess ausgenutzt werden und Menschen in der dritten Welt unter unwürdigen Bedingungen arbeiten müssen, das kann man trotzdem anprangern. Auch wenn die Politik es versäumt hat, bestimmte Rahmen zu setzen, müssen doch auch die Unternehmen Verantwortung übernehmen.
Ein Trauerspiel ist, dass die USA 1986 die UN-Kommission „transnationale Konzerne" eliminierte. Auch ein erneuter Anlauf für arbeitsrechtliche Mindeststandards, die die WTO 1996 an die ILO delegierte, scheiterte. Es gab durchaus Bemühungen, aber der internationalen Diplomatie gelingt tragischerweise kein Durchbruch.
Aus Sicht des FÖS fehlt mir in der Analyse des Status Quo ein Kapitel „No Future". Wenn wir mit dem Ressourcen-Raubbau so weitermachen und den anthropogenen Treibhauseffekt nicht bremsen, wenn es Kriege um Wasser geben wird und Menschen in der dritten Welt durch klimatisch induzierte Naturkatastrophen ihre Existenzgrundlage verlieren, dann allerdings sind die Vorraussetzungen für eine menschenwürdige Zukunft schlecht. Abhilfe schafft eine Umsetzung der volkswirtschaftlich vernünftigen Konzepte unseres Vereins.
Fazit: Eine Bestandsaufnahme aus interessanter Perspektive. Mir fehlt jedoch ein überzeugendes Alternativszenario ohne überzeugende Perspektive.

Rückblick und Ausblick
In der nächsten Ausgabe wird Andreas Sauter „Der Klimagau" von Ross Gelbspan rezensieren.
Lesen Sie auch die Besprechung von Hans-Jochen Luhmanns „Die Blindheit der Gesellschaft – Filter der Risikowahrnehmung" unter http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsarchiv/oekosteuernews12.html und „Zukunftsfähiges Deutschland" unter http://www.foes-ev.de/news13/6artikel1.html.

Zum Verfasser dieses Artikels: Andreas Sauter ist seit März 2002 Vorstandsmitglied und Schatzmeister des FÖS. Beruflich ist der Dipl.-Mathematiker und Aktuar DAV als Vorstandsassistent bei der Münchener Rückversicherung tätig.

8. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

„Liebes FÖS-Team, Euren informativen Newsletter empfange ich jeden Monat sehr gerne! Sowohl die Zusammenfassung der Ökosteuer-Debatte als auch die Beiträge zu aktuellen Umweltthemen sind für mich eine willkommene Lektüre. Besonders hilfreich erscheinen mir die Öko-Links. Gerne würde ich manchmal jedoch noch etwas mehr schmunzeln, die Karikaturen sind da ein guter Anfang!" (S.S. aus Stuttgart)

9. KURZMELDUNGEN

Erneuerbare Energien im Kontext von Klimaveränderung und Unwetterkatastrophe

Emnid hat im Auftrag der initiative pro windkraft (mailto:info@initiative-pro-wind.de) im Zeitraum vom 02.09. - 03.09.02 eine telefonische Repräsentativbefragung der erwachsenen Bevölkerung durchgeführt. Dabei ging es um einen Zusammenhang der Unwetter oder dem Energieverbrauch mit den weltweiten Klimaveränderungen, Erneuerbare Energien und vieles mehr.

- Glauben Sie, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen den jüngsten Unwetter- und Flutkatastrophen in Deutschland und weltweiten Klimaveränderungen?

ja	nein	weiß nicht	keine Angaben
83,4 %	14,7 %	1,6 %	0,4 %

- Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Energieverbrauch, dem Ausstoß von sog. Treibhausgasen und Klimaveränderungen?

ja	nein	weiß nicht	keine Angaben
88,0 %	9,6 %	2,2 %	0,2 %

- Bei der Stromerzeugung aus Erdgas, Öl und Kohle werden große Mengen des klimaschädlichen Treibhausgases CO_2-frei. Neue Technologien dagegen erzeugen Strom aus Wind, Sonne, Wasserkraft. Diese Energieformen sind unbegrenzt vorhanden und CO_2-neutral. Wie wichtig finden Sie die Förderung solcher Technologien?

sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht
67,1 %	28,8 %	2,4 %	1,0 %	0,7 %

- Sind Sie der Meinung die Politik sollte sich intensiv um Klimaschutz und um die Förderung erneuerbarer Energien, z.B. Windkraft, kümmern?

ja, ich halte das für eine wichtige politische Aufgabe	nein	weiß nicht	keine Angaben
91,5 %	6,9 %	1,1 %	0,4 %

- Glauben Sie, dass angesichts der Gefahren durch Klimaänderung und globale Erwärmung Deutschland beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle spielen sollte?

ja	nein	weiß nicht	keine Angaben
80,3	16,2	2,8	0,7

- Glauben Sie, dass eine Partei, die die bestehende Förderung der erneuerbaren Energien abschaffen will, Regierungsverantwortung bekommen sollte?

ja	nein	weiß nicht	keine Angaben
21,6	73,1	4,1	1,2

- Mit Filter, nur für die, die bei Frage 1 und 2 mit "ja" geantwortet haben. Sollten Ihrer Meinung nach Unternehmen, die Strom aus fossilen Energien erzeugen und so große Mengen klimaschädlicher Treibhausgase produzieren, and den Kosten für die Beseitigung der Hochwasserschäden beteiligt werden?

ja	nein	weiß nicht	keine Angaben
75,0	22,3	2,4	0,3

10. SERVICE: JOBS

Manchester School of Management, UMIST is seeking to appoint a Research Associate in Technological Change and Climate Change.

Manchester School of Management (MSM), a part of UMIST, is one of the UK's top university management schools. We wish to appoint a Research Associate for a one-year project (with possible extensions) as soon

as possible. The project is funded by the Tyndall Centre for Climate Change Research and is in association with Imperial College, University of Cambridge and the Policy Studies Institute.
The RA will work on further development of a method to assess the long- term impact of technological change on global industrial structure and energy demand. In particular the RA will use established technological forecasting techniques to obtain expert opinion on the timing and scale of impact of selected technological developments. The possible technological changes will be used to develop scenarios of future technological patterns that take into account institutional and organisational factors. The RA will assist in the construction of these scenarios and their use within models of the economy-energy-emissions relationships that are being developed within the Tyndall Centre.
Qualifications: Applicants should hold or be about to receive a postgraduate degree in a topic connected with technological change or technology forecasting or economic modelling. A commitment to producing academic research of the highest standard suitable for publication in international peer-reviewed journals is essential.
Location and Salary: The RA will be based in Manchester at the newly established Institute of Innovation Research (which has links with the Tyndall Centre). He/she will be member of a group of 10 researchers in the Institute who are working on technology-environment-industry issues. The salary for the position is on the Research Associate scale between £17,626 - £21,503pa.
Applications, including a CV, a sample of the applicant's dissertation (or other research-based paper), the names and contact details of at least two referees and a cover letter, should be returned to Professor Ken Green, Institute for Innovation Research, Manchester School of Management, UMIST, PO Box 88, Manchester M60 1QD, United Kingdom.
For informal enquiries and more information, please contact Prof. Green, Email: mailto:ken.green@umist.ac.uk, Tel: +44 161 200 3435
Closing date: September 26, 2002 Applicants will be informed via email by October 1st about the status of their application.
Manchester School of Management is a member of the Manchester Federal School of Business and Management.

Imperial College of Science, Technology and Medicine

Imperial College is renowned for its scientific and technological expertise, and DEST combines these with interdisciplinary research on the legal, medical, economic, management and sociological aspects of environmental decision-making. The successful candidate will be based in DEST's Environmental Policy and Management Group (EPMG) which aims to contribute to the analysis and development of effective environmental policies where technological innovation plays a major role.
We are seeking a Research Associate with the knowledge and experience to undertake an ESRC-supported research programme investigating the role of policy and regulatory instruments in promoting or inhibiting the innovation and take up of more sustainable technologies and processes. Supported by senior academics, you will help to develop a dynamic policy and institutional framework for the delivery of sustainable innovation in the waste sector.
You will possess postgraduate research training and experience in a policy-related discipline. You will have knowledge of waste management policy instruments and their implementation in the public and private sectors. You will be skilled in the identification, collection, preparation and analysis of environmental policy research.
Application forms and further details are available from Zen Makuch (mailto:z.makuch@ic.ac.uk), Imperial College, Department of Environmental Science and Technology, 4th Floor RSM Building, Prince Consort Road, London SW7 2BP. Tel +44(0)20 7594 9308. Please send a CV and completed application form to Zen Makuch by 27 September 2002.

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Per 1.1.2003 oder nach Vereinbarung sucht die Gruppe "Energy & Climate" / Professur für Umweltphysik an der ETH Zürich eine/n

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER/-IN

zur Verstärkung und zum weiteren Aufbau ihres interdisziplinären Forschungsteams, das ökologische Fragen in den Bereichen Energie und Klimaschutz bearbeitet.

Neben einer wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung verfügen Sie über Forschungserfahrung (z.B. Doktorat) in ökonomischer Modellierung. Idealerweise haben Sie sich bereits mit ener-giewirtschaftlichen Fragen beschäftigt.

In unserem Forschungsteam arbeiten vor allem Doktoranden und Assistenten im Bereich von Nachhaltigkeitsindikatoren für Klimaschutzprojekte, Analysen des Kyoto-Protokoll-Prozesses, der Innovationsforschung und der energiewirtschaftlichen Model-lierung des "Bauwerkes Schweiz".

Wir bieten die Möglichkeit, in einem kreativen und jungen Team sowohl gemeinsame Aufgabenstellungen zu bearbeiten als auch einer eigenen Forschungsagenda nachzugehen. Die Stelle kann je nach Qualifikation sowohl als Post-Doc Position als auch als Oberassistenz besetzt werden. Die Anstellung ist zunächst auf zwei Jahre befristet mit der Möglichkeit einer anschließenden Verlängerung.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte mit vollständigen Bewerbungsunterlagen bis zum 21. Oktober 2002 an die ETH Zürich, z.Hd. Herrn H.-J. Tschachtli, Personalabteilung, ETH Zentrum, 8092 Zürich.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Herr Prof. Dieter Imboden gern telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung: Tel.: 01 / 632 73 47, E-Mail: mailto:imboden@up.umnw.ethz.ch, Internet: http://www.up.umnw.ethz.ch

11. SERVICE: LINKS

Ökosteuer - sparen oder zahlen?

Die neue Broschüre *"Ökosteuer - sparen oder zahlen?"* gibt es auf der Homepage des Umweltbundesamts direkt auf der ersten Seite:
http://www.umweltbundesamt.de

Greening Local Taxes in Barcelona

Inhalt dieser Studie im Auftrag des Stadtrates von Barcelona aus dem Jahre 2001 ist die Nutzung von wirtschaftlichen und steuerrechtlichen Instrumenten, um Energieeffizienz und den Gebrauch erneuerbarer Energiequellen von Bürgern und lokalen Institutionen zu fördern:
http://www.bcn.es/agenda21/A21_text/PosterFiscalitat2002.PDF

Studien aus Dänemark

Auf der Seite des Institut of local government studies Denmark (AKF) finden sich interessante Studien zum Thema Energie und Umwelt (auch in Englisch):
http://www.akf.dk/index_eng.html

Umfrage zur Ökosteuer

Auf der Homepage von n-tv läuft zurzeit eine Umfrage zur Ökosteuer. Wer Lust hat, mitzustimmen oder sich einfach nur die Ergebnisse anschauen möchte, kommt hier weiter:
http://www.n-tv.de/3068342.html

Wie lässt sich Nachhaltigkeit verwirklichen?

Nach Meinung europäischer Umweltexperten kann eine nachhaltige Entwicklung am schnellsten erreicht werden, wenn der Staat regelnd eingreift. Das Münchner Institut NFO Infratest hat im Auftrag des Dualen Systems Fachleute in zwölf europäischen Ländern zum Nachhaltigkeitsprinzip befragt. Diese halten Steuervergünstigungen und Verbote für wirkungsvoller als freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft oder

den Handel mit Emissionsrechten. Dem Umweltschutz räumen die Befragten den höchsten Stellenwert ein und setzen dabei auf bessere Technologien und Umwelterziehung.
Für die Studie wurden 200 Personen aus Wirtschaft, Politik, Forschung und Verbänden befragt. Die Mehrheit beschäftigt sich hauptberuflich mit den Themen Umwelt oder Nachhaltigkeit.
Mehr zur Studie lesen Sie unter http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/12-09-02_07

12. SERVICE: VERANSTALTUNGEN

10.10.2002, Brussels: Making prices work for the environment

Jährliche Tagung des European Environmental Bureau diesmal zum Thema Environmental Fiscal Reform. Weitere Informationen: mailto:sylvain.chevassus@eeb.org.
Zum Programm:

9.00 Registration
9.15 Opening by Mr **Ralph Hallo**, President of the EEB
9.20 *Key-note Speech* by Mr **Ernst von Weizsäcker**, from the German Bundestag; theme: "Making prices work for the environment": necessity and opportunities; the difficult road from ideas to practice, the need for political leadership, citizens mobilisation and acceptance by private interests"
10.00 Discussion with Mr. von Weizsäcker
10.20 Coffee break
10.50 PANEL : ENVIRONMENTAL FISCAL REFORMS IN THE EUROPEAN UNION: WILL WE SEE IT HAPPEN? Chair: Mr Ralph Hallo
Mrs **Margot Wallström,** EU Environment Commissioner
Mr **Didier Reynders,** Minister of Finance (Belgium)
Mr **Michael Meacher**, Environment Minister (United Kingdom)
Mr **Hans Christian Schmidt**, Environment Minister (Denmark)
Mr **Wouter Bos**, Member of Parliament and former State Secretary of Finance (the Netherlands)
Mrs **Carmen Martorell**, Secretary General of Environment Ministry (Spain)
Mr **John Hontelez**, Secretary General EEB
Mr **Ernst von Weizsäcker**
Short introductions on the following topics:

- Opportunities and Limits for the bottom-up approach (Mr Didier Reynders and Mr Wouter Bos)
- The UK Climate Change Levy, its characteristics and how it compares to Environmental Fiscal Reform (Mr Michael Meacher)
- Prices and environmental taxes in a green market economy (Mr Hans Christian Schmidt)
- The role of environmental fiscal reform in the 6th Action Programme, the EU negotiations on Energy Taxation (Mrs Wallström)
- The Spanish view on environmental fiscal reform/ energy taxation (Mrs Carmen Martorell)
- The EEB campaign (Mr John Hontelez)

Discussion between panellists and with the audience
13.00 LUNCH
14.30 UNRAVELLING THE COMPETITIVENESS ARGUMENT
Chair: Ms Helen Mountford (OECD)
Introduction by Mr **Yannis Paleocrassas**, (Elliniki Etairia, former EU Environment Commissioner, former Finance Minister of Greece) *on the nature and validity of the competitiveness argument to hinder or limit environmental fiscal reform in the EU and on the national levels*.
Responses by :

- Mr Daniel Cloquet, Director of Industrial Affairs, UNICE
- Mr Paul E. Metz, Board Member, e5 (European Business Council for a Sustainable Energy Future)
- Mr Peter Coldrick, Confederal Secretary, European Trade Union Confederation

Discussion with the audience

16.15 Coffee break

16.50 Announcement by Mr Anselm Görres, of FÖS (German Ecotax Association)

17.00 ENSURING SOCIAL FAIRNESS IN ENVIRONMENTAL FISCAL REFORM

Chair: Mr John Hontelez

- Mr **Terry Barker**, Senior Research Associate, Department of Applied Economics, University of Cambridge
- Mr **Peter Coldrick**, ETUC

Presentations and questions

17.40 Conclusions: MOVING ON WITH THE CAMPAIGN

Mr **John Hontelez**, Secretary General EEB

18.00 Reception in honour of Domingo Jiménez Beltrán

18.10. – 19.10.2002, München: Success Stories – Klimaschutz in der Spur, Wegweiser zu erfolgreichen Klimaschutzprojekten

Fachtagung inkl. Ausstellung in München vom 18.-19.November, Veranstalter: TÜV Akademie GmbH Unternehmensgruppe TÜV Süddeutschland

Die Veranstaltung richtet sich an: Kyoto-Experten, Projektentwickler, Hersteller/Anbieter regenerativer und energieeffizienter Technologien und deren Verbände, Finanzberater, -dienstleister, Investoren, Broker, Käufer von Emissionsrechten, Produzierende Unternehmen in energieintensiven Branchen wie Energie, Stahl, Mineralöl, Baustoffe und Chemie

Weitere Infos unter: http://www.netinform.de und hier:

LINK

In 2 Wochen beginnt die nächste Weltklimakonferenz in Neu Delhi. Wichtige Entscheidungen zur Durchführung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern werden dort getroffen. Die neuesten Ergebnisse werden zum netinforum2002 bereits vorgestellt. Auf dieser Fachtagung am 18. und 19. November in München treffen Sie Experten an, die mit vor Ort dabei waren.

Die Fachtagung ist klimaneutral, da die verursachten Emissionen durch Emissionszertifikate aus einem treibhausgasmindernden Projekt kompensiert werden.

Neben Aktuellem aus der europäischen und der internationalen Klimapolitik stehen vor allem "Success stories" im Vordergrund. International anerkannte Experten berichten über die praktische Umsetzung von Klimaschutzprojekten. Dabei geht es nicht nur um die technischen, sondern auch um die finanzwirtschaftlichen Faktoren.

In technologiespezifischen Fachforen wird die Durchführung von Klimaschutzprojekten eingehend erörtert und hilfreiche Schritte für ein erfolgreiches Vorgehen ausgearbeitet.

Folgende Fachforen werden angeboten:

Windkraft (Moderation: A. Michaelowa, HWWA)
Wasserkraft (Moderation: W. Betzenbichler, TÜV Süddeutschland)
Erneuerbare Gase (Moderation: R. Geres, FutureCamp)
Senken (Moderation: M. Dutschke, GFA TerraSystems)

Teilnehmer und Referenten können die Fachveranstaltung inklusive Ausstellung zur Geschäftsanbahnung nutzen.

Die Anmeldung für die Fachveranstaltung ist ab sofort möglich.

- Die Teilnahmegebühr beträgt 585 Euro (für zwei Tage).
- Die Teilnahmegebühr für netinform - Mitglieder beträgt 495 Euro.

Die Preise gelten jeweils plus Mehrwertsteuer.
Weitere Informationen
- bei Frau Forster TÜV Akademie unter Tel. 089 / 5791-2833

18.10. – 19.10.2002, Potsdam: Tagung zu Grünem Gas und Energielandwirtschaft

In Zusammenarbeit mit EUROSOLAR veranstalten ETI/IHK Brandenburg, der Fachverband Biogas e.V., die eco Naturgas Handels GmbH und das ATB in der IHK Potsdam eine 2-tägige Tagung zu Grünem Gas und Energielandwirtschaft.
Auf der Tagung werden europaweit erstmalig Potentiale und Energieerträge von Energiepflanzen innerhalb selektiver Erntestadien, die nasse Gaswäsche als Gasaufbereitungstechnologie, neue Energiedienstleistungen, Anforderungen an die Einspeisung aus DVGW und rechtlicher Sicht, und als Höhepunkt Energie- und Ökobilanzen der gesamten Verfahrenskette von der Landwirtschaft bis zum Grünen Gas™ in Haushalten (Brennwertthermen, Brennstoffzellen) und im Verkehr in einem neuen und innovativen Gesamtzusammenhang vorgestellt. Ist die Stromeinspeisung vor Ort besser als die Verwertung von Grünem Gas™ nach Einspeisung in das Gasnetz?
Dr. Wolfgang Tentscher , eco Naturgas Handels GmbH, T: 030-79780447, 0175-5945106, F: 030-79780448

19.10.2002, Oberhausen: Beyond Johannesburg - Neue Wege in der Nachhaltigkeit

das Doktoranden-Netzwerk Nachhaltiges Wirtschaften (DNW) e.V. veranstaltet seine 3. Jahrestagung zum Thema Beyond Johannesburg - Neue Wege in der Nachhaltigkeit.
Kurz nach dem Weltgipfel in Johannesburg werden die wichtigsten Erkenntnisse des Kongresses vorgestellt und diskutiert. Kompetente ReferentInnen aus Forschung und Wirtschaft stellen ferner die Implikationen für die europäische, die nationale und die Unternehmensebene dar. Das Programm, sowie Informationen zur Anmeldung finden Sie unter: http://www.doktoranden-netzwerk.de/termine.htm

28.10. – 30.10.2002, Loccum: Marktwirtschaftliche Instrumente für den Klima- und Ressourcenschutz

Zur Diskussion um eine „nachhaltige", insbesondere ökologische, Reform der staatlichen Steuerpolitik ist neuerdings aufgrund einer Initiative der Europäischen Union die Debatte um die Einführung handelbarer Lizenzen für die Emission von Treibhausgasen hinzugekommen. Das Symposium dient der Reflexion des erreichten Sachstandes in der wissenschaftlichen Grundlegung und Beobachtung dieser beiden politischen Handlungsfelder und der Erörterung des Abstimmungsbedarfes hinsichtlich ihrer weiteren Perspektiven.
Diese Veranstaltung findet mit Unterstützung des FÖS statt.
Informationen und Anmeldung: mailto:Andreas.Dally@evlka.de, http://www.loccum.de

30.10. – 31.10.2002, Augsburg: internationaler Fachkongress „Holzenergie 2002“

Der von der Bundesinitiative BioEnergie BBE organisierte internationale Fachkongress ist in die viertägige Fachmesse „HolzEnergie 2002“ vom 30.10. bis 02.11.2002 eingebettet. Er stellt eine Plattform für einen umfangreichen Informationsaustausch der Holzenergiebranche dar und bietet allen Teilnehmern die Möglichkeit der Kontaktaufnahme und der Vernetzung mit den relevanten Marktpartnern.
Themenschwerpunkte :

- Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für den Ausbau von Holzenergie in Deutschland
- Holz im Strommarkt
- Holz im Wärmemarkt
- Holzenergie in Kommunen
- Internationale Märkte für die Holzenergie

Nähere Informationen finden Sie unter: http://www.energie-server.de/HolzEnergie2002/kongress.htm

31.10.2002, Frankfurt: Emissionshandel konkret !

Flexible Mechanismen - wie der Emissionshandel - sind ein wichtiges Instrument des Kyoto-Protokolles. Mit seiner Ratifizierung erhalten diese Instrumente für Unternehmen zukünftig eine große Bedeutung. Bei vielen

Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik besteht aber noch Unsicherheit, wie sie auf diese Herausforderung reagieren sollen. An sie richtet sich die Veranstaltung.
Fachleute verschiedener Branchen und Institutionen stellen bei der Veranstaltung ihre konkreten Ansätze und Projekte zu Flexiblen Mechanismen und insbesondere Emissionshandel vor. In vier parallel stattfindenden Workshops werden zusätzlich aktuelle Fragen zum Thema diskutiert und analysiert. Dabei fließen die Erfahrungen und Ergebnisse des Weltgipfels in Johannesburg direkt ein. Die erzielten Ergebnisse werden zusammengefasst und als Position aus der Praxis an den europäischen Kongress der Nichtregierungsorganisationen sowie weitere Wirtschaftsrunden übergeben.
Die Einladung mit Anmeldeformular sowie der Flyer zur Veranstaltung finden sie unter
http://www.baumev.de/aktuell/flyer31.pdf .
Anmeldeschluss ist der 15. Oktober; Teilnehmer von B.A.U.M.-Mitgliedsunternehmen erhalten eine Vergünstigung von 30 EUR.

01.11.2002, Prag: The Consolidation of Governance and Entrepreneurship in the Czech Republic and the European Union

In Prague, Faculty of Social Sciences Charles University (FSV UK), Opletalova 26.
Hier geht's zum Programm:
Programm of the Environmental Section

PLENUM Friday 01/11/2002, 8:30 – 10:30, room 109 (aula)

Moderator: doc. PhDr. Barbara Kőpplová, CSc., FSV UK Prague
doc. PhDr. Jan Jirák, FSV UK Prague :"Velvet inquisition: Share of the media on power consolidation in the post-suvereign countries*"
*Ilja Šrubař**, Německo***: "Paradoxes of the "Knowledge society*"
Prof. Bedřich Moldan**, Charles University Environment Center:** "Introduction speach: ETR and „policy mix" as a global strategy"
Dr. Rumen Gechev, Intercollege Cyprus; former Deputy Prime Minister and Minister of Economic Development of Bulgaria: "Fiscal Policy of Environmentally Sound Economic Growth"
**** Presentation not within the Environmental Section***
ENVIRONMENTAL SECTION
Optimal fiscal policy or efficient environmental policy: „political oxymoron" ?

Friday 01/11/2002, 10:45-18:00, room 314

10:45-12:15 - ETR: Environmental and/or fiscal policy?
RNDr. Libor Ambrozek, Minister of the Environment (invited, not confirmed yet)
RNDr. Martin Bursík, adviser of minister of the environment, former minister of the environment
"ETR and policy of the MoE"
Ing. Yvona Legierská, Deputy Minister of the Finance
"ETR and policy of the MoF"
Mgr. Ulrike Eteme, Federal Ministry of Agriculture, Forestry, Environment and Water Management, Austria; Vice-chair of Bureau of the OECD Working Party on Economic/Envir. Policy Integration
"Taxes, trading, support measures: Competition or Co-existence?"
Ing. Miroslav Hajek, PhD., Ministry of the Environment, director of Dept. of Env. Economy
"Ways to more efficient environmental policy"
12:15-13:45: **Lunch**
13:45-15:45 - ETR: Theory, Practise and Policy
Doc. Jiřina Jílková, CSc., Prague University of Economics, Institute of Economic and Ecologic Policy
"Ecologic tax reform: A Dream and Reality?"
Prof. Tomas Zylicz**, Warszaw University, Poland**

"Economics of the Environmental Tax Reform"
Sylvain Chevassus, European Environmental Bureau
"Two perceived fears about ETR : competitiveness and income distribution. How to overcome these fears"
Mgr. Milan Ščasný, Charles University Environment Center
"Environmentally-related levies and ETR in the Czech Republic"
15:45-16:00: Caffe Break
16:00-17:30 - Barriers of ETR implementation
Ing. Erik Geuss, economic consultant (former Deputy of Minister of the Environment), CR
"Ecologic tax reform – chosen problems and barriers of its feasibility"
Dr. Simon Dresner, Policy Studies Institute, UK
"Environmental Tax Reform: What Does Western Europe Think?"
Lucie Kuberová, Tomáš Hnilička, Institute of Sociologic Studies, FSS, Charles University; University of Economics, Prague
"Story of ETR in the Czech Republic"
17:30-17:45: Caffe Break
17:45-18:45 - Round-table and discussion: Pros and cons of ETR implementation
Do Czechs need ETR and which kind of design?
Weitere Informationen bei: Milan Scasny, Charles University Environment Center, U Krize 8, 158 00 Praha 5, Czech Republic, tel: +(420 2) 510 80 351, fax: +(420 2) 51 620 441, e-mail: mail-to:milan.scasny@czp.cuni.cz, http://www.czp.cuni.cz

18.11.-19.11.2002, Potsdam: Biogas und Energielandwirtschaft

In Zusammenarbeit mit EUROSOLAR, ETI Brandenburg und dem Fachverband Biogas e.V. veranstaltet die Potsdam Eco Naturgas Handels GmbH und das ATB in Potsdam am Mo. und Di, 18. und 19. November 2002 in der IHK Potsdam eine 2-tägige Tagung zu Grünem GasTM und Energielandwirtschaft**.** Auf der Tagung werden europaweit erstmalig Potentiale und Energieerträge von Energiepflanzen innerhalb selektiver Erntestadien, die nasse Gaswäsche als Gasaufbereitungstechnologie, neue Energiedienstleistungen, Anforderungen an die Einspeisung aus DVGW und rechtlicher Sicht, und als Höhepunkt Ökobilanzen der gesamten Verfahrenskette von der Landwirtschaft bis zum Grünen GasTM in Haushalten (Brennwertthermen, Brennstoffzellen) und im Verkehr in einem neuen und innovativen Gesamtzusammenhang vorgestellt. Vergleichende Energie- und Ökobilanz der Treibstoffe Biogas und flüssiger Biotreibstoffe oder fossiler Treibstoffe werden vorgestellt. Ist die Stromeinspeisung vor Ort besser als die Verwertung von Grünem GasTM nach Einspeisung in das Gasnetz? Von den Teilnehmern werden viele Fragen und eine spannende Diskussion erwartet. Nähere Informationen sowie das Programm der Tagung finde Sie unter:
http://www.eurosolar.org/konferenzen/konfind1.html.

26.11.-27.11.2002, Grevenbroich: „Windtech"

Die Windtest Grevenbroich GmbH lädt im November zur nunmehr dritten Fachtagung „Windtech" nach Grevenbroich bei Düsseldorf ein. Am 26. November können Teilnehmer vormittags in einer zweistündigen Exkursion - kostenlos- das Windtestfeld Grevenbroich besichtigen, das das größte Testgelände für Windenergieanlagen im Binnenland ist und acht ausgewiesene Plätze für Windkraftanlagen mit einer Leistung von 600 bis 2500 Kilowatt aufweisen kann. Am gleichen Tag finden ab 14 Uhr zwei Workshops (Teilnahmepreis je 75 Euro zzgl. MwSt.) zum Thema „Planungsrechtliche Aspekte, Verfahren und Urteile" und zum Thema „Qualitätssicherung bei Konstruktion, Fertigung, Montage und Betrieb" statt. Ab 19 Uhr steht dann der „Begrüßungsabend" mit Vertretern des Landes Nordrhein-Westfahlen, der Kommune und des Veranstalters an. Für den 27. November bietet die Windtest Grevenbroich GmbH einen ausgesprochen vielfältigen Vortragstag (Teilnahmepreis 275 Euro zzgl. MwSt., mit Vorabendempfang 300 Euro zzgl. MwSt.) an: „Windparks in Europa", „Repowering im Binnenland", „Betriebsbegleitende Messungen für die Ermittlung einer Restlebensdauer", „Anforderungen an Fehlerfrüherkennungssysteme aus Sicht der Versicherer" lauten nur einige der Themen das ganztägigen Vortragsprogramms. Parallel dazu findet während der zweitägigen Ver-

anstaltung eine begleitende Fachausstellung im „Alten Schloss“ statt. Information: Windtest Grevenbroich GmbH, Frau Dipl.-oec.troph. Fabiola Sorger, Frimmersdorfer Str. 73, 41517 Grevenbroich, Tel. 02181/2278-18, Fax-11, http://www.windtech.de

05.06.-07.06.2003, Sydney/Australia: The Fourth Annual Global Conference On Environmental Taxation Issues, Experience And Potential

The Department of Business Law and the Centre for Environmental Law, of the Division of Law, Macquarie University are delighted to host the Fourth Annual Global Conference on Environmental Taxation in Sydney, Australia.

This annual conference provides an international, interdisciplinary forum for the exchange of ideas, information and research on environmental taxation issues.

Persons wishing to present papers or to participate in the conference are invited to register.

Information about the conference program, and registration details are available at: http://www.law.mq.edu.au/eti.

Deadlines:

Abstracts:	29 November 2002
Final Papers:	14 March 2003
Conference Registration:	9 May 2003
Early Conference Registration Discount Rate:	28 March 2003
Hotel Reservation (special rates):	4 April 2003

For More Information …please contact:

Mr Hope Ashiabor, Macquarie University, Division of Law, Sydney, NSW 2109, AUSTRALIA
Telephone: +(61)-2-9850 8457, **Facsimile:** +(61)-2-9850 9952, **Email:** mailto:hope.ashiabor@mq.edu.au.

13. FÖS: IN EIGENER SACHE

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter http://www.foes-ev.de/kontakt.html.

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (mailto:foes@foes-ev.de).